

05.07



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Bündnis fordert Umkehr in der EU-Wirtschaftspolitik  
LIFE+ stellt 785 Millionen für Naturschutz bereit  
Hochwasserrichtlinie versäumt Auenschutz  
Mobilisierung gegen Pflanzenpatente**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 16 (2007), Heft 05  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405  
Berlin

Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger  
(ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frisch-  
muth (tf), Marion Busch (mbu), Franziska  
Heinrich (fh), Manja Treue (mt), Matthias  
Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)

Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind  
willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbe-  
dingt die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Ökologische Wirtschaftspolitik - eine alte Idee kehrt zurück

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

jahrelang war es still um die ökologische Erneuerung der europäischen Marktwirtschaft. Nun überschlagen sich plötzlich die Initiativen: Die EU-Kommission veranstaltet eine Konferenz zur ökologischen Steuerreform und legt ein Grünbuch zur Nutzung „marktwirtschaftlicher Instrumente für umweltpolitische Ziele“ vor. Das deutsche Umweltministerium fordert derweil eine ökologische Industriepolitik und will seine Vorschläge im EU-Umweltministerrat diskutieren.

Na gut, so plötzlich kommen diese Vorschläge nicht. Auf das Grünbuch warten wir seit Jahren, und die ökologische Industriepolitik findet sich bei vielen Präsidentschaften der letzten Jahre - nur heißen die Initiativen dort mal „clean, clever, competitive“ (Niederlande), mal „new generation of environmentalism“ (Finnland). Trotzdem: Es ist bemerkenswert, wie gerade die EU-Kommission sich des Themas annimmt. Zwar sind das alles keine neuen Ideen, aber deswegen müssen sie ja noch lange nicht verkehrt sein.

Bereits Anfang der 1990er Jahre gab es einen Versuch, in der EU eine einheitliche ökologische Steuerreform umzusetzen. Die Initiative scheiterte damals vor allem an dem Widerstand der Briten, die eine Zuständigkeit der EU in Steuerfragen kategorisch ablehnten. Seitdem galt ein solches Unterfangen als hoffnungslos, zumal in Steuerfragen in der EU das Einstimmigkeitsprinzip herrscht. Warum gerade jetzt ein neuer Versuch? Offenbar setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass die EU ihre klima- und energiepolitischen Ziele ohne entsprechend wirksame Instrumente nicht erreichen wird. Zumindest die Kommission scheint das verstanden zu haben. Und sogar aus Großbritannien sind neuerdings Töne zu vernehmen, dass man sich einer europäischen Steuerpolitik nicht mehr vollständig verweigern würde.

Doch ist eine europäische Ökosteuern heute mit 27 Mitgliedstaaten realistischer als Anfang der 1990er mit zwölf? Wohl kaum, wenn das Konsensprinzip anzuwenden ist. Einen Ausweg böte eine Vertragsänderung oder ein Weg, der keine Abstimmung benötigt. Ein solcher könnte die „offene Methode der Koordinierung“ sein, die daher auch vom Europäischen Umweltbüro

(EEB), der Vertretung der Umweltverbände in Brüssel, ins Spiel gebracht wird. Bei dieser Methode vereinbaren die Mitgliedstaaten ein lockeres Ziel - etwa eine zehnprozentige Verschiebung der Steuerlast vom Faktor „Arbeit“ auf den Faktor „Ressourcenverbrauch“ - und übertragen dann der EU-Kommission die Aufgabe, die Zielerreichung zu begleiten. Die Kommission verfasst dann Fortschrittsberichte, veröffentlicht Best-Practice-Beispiele und lädt zu Diskussionsrunden ein. Sie lobt öffentlich die Vorreiter und ermahnt die Nachzügler. Es handelt sich also um ein „weiches“ Politikinstrument, bei dem es keinen rechtlichen Zwang gibt. Stattdessen wird ein Wettstreit unter den Regierungen angefacht, wer die Ziele am besten und schnellsten erreicht.

Ob das funktioniert? Zumindest einen Versuch ist es wert.

Auch in ihrem Grünbuch zur Nutzung von „marktwirtschaftlichen Instrumenten für umweltpolitische Ziele“, das die Kommission Ende März als Diskussionspapier vorgelegt hat, regt sie den Einsatz von Steuern zur (umwelt)politischen Lenkung an. Darüber hinaus schlägt die Kommission die Streichung von Subventionen vor und fordert eine Ausweitung des Emissionshandels. Zwar bleibt sie in den konkreten Ausführungen hinter ihren Möglichkeiten zurück, aber der Zaunpfahl, mit dem sie den Regierungen winkt, zeigt in die richtige Richtung.

In eine ganz ähnliche Richtung zielt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mit dem „Memorandum für eine ökologische Industriepolitik“, das er auf dem informellen Rat der EU-Umweltminister vom 1.-3. Juni in Essen zur Diskussion stellen will. Darin schlägt er einen „New Deal für Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ vor und fordert nicht weniger als eine „dritte industrielle Revolution“. Nur mit einem „intelligenten ökologisch-industriellen Regulierungsrahmen“ lasse sich die notwendige technologische Entwicklung anstoßen, schreibt der Minister. Deutschland könne und müsse dabei ganz vorn mitspielen.

Sigmar Gabriel stößt damit eine wichtige Debatte an. Denn ökologische Innovationen sind ein wichtiger Pfeiler einer zukunftsfähigen Entwicklung in Deutschland, Europa und der Welt. Zwei wesentliche Aspekte blendet das Memorandum allerdings aus. Einmal erweckt es den Eindruck,

dass Innovationspolitik der alleinige Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft sei. Andere wesentliche und notwendige Strategien - als Stichworte seien nur Suffizienz, Bildung oder Lebensstile genannt - bleiben außen vor. Zweitens fehlen die konkreten Vorschläge, wie das Konzept umgesetzt werden kann.

Und an dieser Stelle schließt sich der Kreis zu den Empfehlungen der EU-Kommission: Die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene sind die wichtigste Voraussetzung für ökologische Innovationsanreize. Und dafür liegen zahllose richtungweisende Vorschläge auf dem Tisch: eine umfassende ökologische Steuerreform, die Streichung umweltschädlicher Subventionen, finanzielle Anreize für einen sparsameren und effizienteren Energieverbrauch, strikte Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw, Kennzeichnungsvorschriften und Verbrauchsobergrenzen für elektronische Geräte, Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung oder die Ausweitung des Emissionshandels auf Flug- und Schiffsverkehr - um nur einige zu nennen.

Die Europäische Union hat es in der Hand, zur energie- und ressourcenschonendsten Region der Welt zu werden. Und die deutsche Regierung kann - während und nach ihrer Ratspräsidentschaft - den zentralen Motor für eine ökologische Umgestaltung der europäischen Wirtschaft spielen.

In der durchaus hoffnungsvollen Erwartung, dass sich die Bundesregierung selbst beim Wort nimmt, wünsche ich eine erbauliche Lektüre

Markus Steigenberger,  
Leiter der EU-Koordination des DNR

PS: Wenn Sie mehr über dieses Thema wissen wollen, dann kommen Sie am 14. Mai nach Berlin zu unserer Konferenz „A New Deal for Europe“. Dort werden wir diskutieren, ob und wie wir die Weichen in Richtung einer europäischen ökologischen Marktwirtschaft stellen können. Sigmar Gabriel wird auch dabei sein. Mehr Informationen unter: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Ökologische Wirtschaftspolitik: Eine alte Idee kehrt zurück

## 5 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Jugendliche fordern mehr Beteiligung Von Ann-Kathrin Fischer, Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit
- Erster G8-Erklärungs-Entwurf kursiert
- G8-Newsticker: Klimaschutz, BUKO-Kritik, Recht auf Wasser, Kunstprojekt

## 7 EU-Politik, Recht

- „Berliner Erklärung“ zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge
- Zweiter Alternativer ECOFIN: Bündnis für Umkehr in EU-Wirtschaftspolitik
- Grünbuch: Marktinstrumente in der Umweltpolitik
- Zugang zu EU-Dokumenten: Grünbuch und Konsultation
- Newsticker: Kroatien, Umweltrechts-Portal, IVU-Konsultation

## 12 Abfall, Produktpolitik

- EU billigt deutsche Einweg-Pfandpflicht
- EU überprüft RoHS-Richtlinie
- Erste Studien zu energieeffizienten Produkten
- Newsticker: Flughafenmüll, EuGH-Entscheidung, Elektronik-Ranking, Energiesparlabel, soziale Beschaffung

## 14 Agrarpolitik, Gentechnik

- Globales Bündnis klagt gegen Patente auf Saatgut und Tiere
- Kulturpflanzenvielfalt soll Gemeingut bleiben
- EU-Strategie zur Biotechnologie auf dem Prüfstand
- EU-Parlament verschiebt Abstimmung zum Ökolandbau
- Newsticker: Genraps-Zulassung,

## 16 Chemikalien, Emissionen

- Rotterdam-Konvention soll Endosulfan und Tributylzinn verbieten
- Zu hohe Pestizid-Grenzwerte: EFSA warnt vor Gesundheitsrisiken
- Kandidaten für REACH-Aufsichtsgremium benannt
- Newsticker: Pestizidreduzierung, Biozide, Quecksilber, POPs, IVU-Leitlinien, Meeresverschmutzung, Nanotech-Risiken

## 18 Energie, Klima

- Atomlobby versucht Comeback in Europa - EURATOM hilft kräftig mit Von Silva Herrmann, GLOBAL 2000
- Teil 2 des IPCC-Klimaberichts zeichnet düsteres Szenario Von Markus Steigenberger, DNR
- EU will Emissionshandel für Schifffahrt
- Wirtschaftswachstum lässt CO<sub>2</sub>-Emissionen ansteigen
- Debatte über Umsetzung des EU-Energiepakets
- Newsticker: Norwegen, UN, Finnland, USA, EU-Klimaausschuss, Energie-Liberalisierung

## 22 Naturschutz, Biodiversität

- Einigung über LIFE+: 785 Millionen für Naturschutz
- Newsticker: Agrar-Konferenz, Richtlinien-Umsetzbarkeit, Jobs, Satellitenkarten, Welt-Naturwunder, Biodiversitätsfaktoren, Waldbericht, Tropenholz, Katzenfelle

## 24 Verkehr, Tourismus

- Straßenverkehr bremst Kyoto-Ziele
- Alpen-Verkehrsbeobachtungsstelle
- Studien zum nachhaltigen Verkehr
- Newsticker: Rospuda-Tal, Open Sky, ÖPV-Ausschreibungen, Flugpreise

## 26 Wasser, Meere, Fischerei

- EU-Hochwasserrichtlinie verpasst Chance für den Auenschutz Von Christian Schweer, BUND
- Umweltausschuss will mehr prioritäre Stoffe in Wasserrahmenrichtlinie
- Fischereirat: Schutz der Aale blockiert
- Bericht rügt mangelhafte Umsetzung der EU-Fischereipolitik
- Newsticker: Nitrat, BMU/IUCN-Konferenz, Beifang, Sonare

## 30 Service

- Veröffentlichungen/Neu im Netz
- Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB, UBA, IUCN

## Sonderbeilage

- WRRL-Info 14, Informationen zur Wasserrahmenrichtlinie (Mittelseiten)

## Gastbeitrag Hört zu, was wir zu sagen haben!

Von Ann-Kathrin Fischer, Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit

### Jugendliche fordern mehr Beteiligung - auch auf EU-Ebene

Europa steht bereits seit längerer Zeit im Blickfeld von Jugendverbänden. Während der deutschen Ratspräsidentschaft soll der Blick aber noch geschärft werden. Deshalb führt das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit in Kooperation mit dem Europäischen Jugendforum ein Projekt zur jugendpolitischen Begleitung der deutschen Ratspräsidentschaft durch. Ziel ist es unter anderem die Aktivitäten der Jugendverbände in Deutschland und Europa während der Ratspräsidentschaft zu unterstützen. Zwei herausragende Veranstaltungen waren dabei der Europäische Jugendgipfel in Rom und der Jugendevent der deutschen Ratspräsidentschaft in Köln.

### 1. Der Europäische Jugendgipfel in Rom

Am letzten Märzwochenende blickte ganz Europa auf Berlin, fanden doch hier die offiziellen Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge statt. Zeitgleich trafen sich rund 200 Jugendliche aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten am Originalschauplatz in Rom, um eine Erklärung der Jugend zur Zukunft der EU zu verabschieden. Als europäische Bürgerinnen und Bürger von heute und morgen erklären sie darin ihre Bereitschaft, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen, und fordern die in Berlin versammelte europäische Führungsrunde auf, sich ihren Empfehlungen anzuschließen.

Organisiert von den EU-Institutionen in Kooperation mit dem Europäischen Jugendforum, brachte der Jugendgipfel sechs Jugendliche aus jedem Mitgliedstaat sowie Vertreter/innen internationaler Jugendorganisationen zusammen. Zur Vorbereitung hatte ein Prozess von Debatten und Konsultationen von jungen Menschen in allen Mitgliedstaaten stattgefunden. Auf einer Vorbereitungskonferenz hatten Jugendliche aus ganz Europa ein Diskussionspapier zu den Themen Zukunft des EU-Vertrages, nachhaltige Entwicklung, Jugend und Bildung, Rolle der EU in einer globalisierten Welt, EU-Sozial- und -Wirtschaftsmodell sowie Demokratie und Zivilgesellschaft erarbeitet.

### „Rome Youth Declaration“ für mehr Transparenz und Partizipation

Wie die „Berliner Erklärung“<sup>1</sup> erkennt auch die „Rome Youth Declaration“ die Errungenschaften der vergangenen 50 Jahre und die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union derzeit steht, an. Doch gehen die Forderungen der Jugendlichen weiter als die der „Berliner Erklärung“. So spricht sich die „Rome Youth Declaration“ eindeutig für die Ratifizierung eines Verfassungsvertrages aus. Darüber hinaus fordern die jungen Europäer/innen ein demokratischeres und offeneres Entscheidungssystem in der EU. Dies verlangt umfassende institutionelle Reformen, die durch möglichst transparente und partizipatorische Verfahren umgesetzt sollten.

Darüber hinaus fordern die Jugendlichen die Entscheidungsträger/innen aller Ebenen auf, Jugendliche und Jugendorganisationen, die „Schulen der Demokratie und aktiver Bürgerschaft“ seien, an allen jugendrelevanten Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Nur so könne das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen erhöht werden. Die Erklärung empfiehlt darüber hinaus eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre als ein gutes Mittel, um Jugendpartizipation zu erhöhen.

### Erneuerbare Energien und öffentliches Verkehrswesen

In Bezug auf nachhaltige Entwicklung im Umweltbereich fordern die Jugendlichen eine gemeinsame europäische Energiepolitik, die auf der Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen basiert. Darüber hinaus sollte die EU eine Strategie zur Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs entwickeln mit dem Ziel, den privaten Verkehr und innereuropäische Flüge zu reduzieren und Alternativen wie den Zugverkehr zu fördern.

### Mehr Jugendpartizipation gefordert

„Hört zu, was wir zu sagen haben, fragt uns, was wir brauchen und handelt dementsprechend!“ So lautet die abschließende Botschaft der Erklärung. Leider war eine Live-Schaltung zum Sondergipfel nach Berlin von der Ratspräsidentschaft abgelehnt worden, sodass diese Botschaft nicht direkt an die Staats- und Regierungschefs der EU weitergegeben werden konnte. Immerhin konnte die Erklärung vor Ort an

<sup>1</sup> Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs zur Feier des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge - siehe Seite 7.

Vertreter/innen der EU-Organe übergeben werden und auch die Mitgliedstaaten haben die „Rome Youth Declaration“ später hoffentlich erhalten.

### 2. Der Jugendevent der deutschen Ratspräsidentschaft in Köln

Seit 1999 ist es üblich, dass jede Ratspräsidentschaft einen Jugendevent durchführt. Auch Deutschland bildet da keine Ausnahme. Der Jugendevent der deutschen Präsidentschaft fand vom 13. bis 16. April 2007 in Köln statt. Eingeladen waren 170 Jugendliche aus 33 europäischen Ländern, um gemeinsam über das Thema „Chancengleichheit und gesellschaftliche Partizipation für alle Kinder und Jugendlichen“ zu diskutieren. Die Jugendlichen setzten sich mit den unterschiedlichen Aspekten des Themas auseinander und erarbeiteten einen Aktionsplan, den sie den 27 EU-Generaldirektor/innen für Jugendpolitik und der EU-Kommission am letzten Tag des Jugendevents überreichten.

### Teure Großveranstaltung ohne Nachhaltigkeit

Die Jugendevents sind als kostspielige Großevents mit fehlender Nachhaltigkeit nicht unumstritten und leider trifft diese Kritik auch auf den deutschen Event zu. So griff man viel zu spät auf die Expertise des Europäischen Jugendforums zurück. Wirkliche Änderungen waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Natürlich ist es immer spannend, Jugendliche aus ganz Europa zu treffen. Doch sollte „Jugendpartizipation“ auf einer solchen Veranstaltung nicht nur gepriesen, sie muss auch bei der Planung und Umsetzung realisiert werden. Schade, dass diese Chance nicht genutzt wurde. ■

### • Weitere Informationen

Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit, Ann-Kathrin Fischer, Projektreferentin EU-Ratspräsidentschaft“, Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
eMail:  
ann-kathrin.fischer@youthforum.org  
www.dbjr.de/dnk-ratspraesidentschaft  
www.youth-event-germany.de  
www.youthforum.org/youthsummit.htm

Rome Youth Declaration (2 S., 80 kB):  
www.europa.eu/50/docs/  
rome\_youth\_declaration\_en.pdf

## Erster G8-Erklärungs-Entwurf kursiert

### Nichtregierungsorganisation stellt internes Papier ins Internet

Mitte April hat die in Washington ansässige Nichtregierungsorganisation „Oil Change International“ einen ersten Entwurf der G8-Erklärung auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Unter der Überschrift „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ werden in einzelnen Kapiteln Ziele zu den Themen globale Ungleichgewichte, internationale Investitionen, Innovationschutz, Klimawandel und Energieeffizienz sowie Rohstoffsicherung und Transparenz beschrieben. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass das Papier so, wie es ist, beschlossen wird.

### Konkrete Ziele für Energie und Klimaschutz?

Der erste Entwurf der G8-Erklärung enthält u. a. folgende konkrete Ziele (wobei die 2020-Ziele sich auf das Bezugsjahr 2005 beziehen):

- Treibhausgasemissionen bis 2050 um 50 % reduzieren, klimaschonende Technologien fördern
- Bis 2020 mindestens 20 % Steigerung der Energieeffizienz im Verkehrsbereich, 15 % Anteil Biokraftstoffe im Gesamt-kraftstoffverbrauch, Nachhaltigkeitsstandards für Biomasse fördern
- Energieerzeugung bis 2020 um 20 % effizienter machen, Kraft-Wärme-Kopplung fördern, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -speicherung (CCS) sowie CCS-Technologieexporte fördern
- „Netzwerk für Nachhaltige Gebäude“ gründen, Energieeffizienz bei Gebäuden bis 2020 um 20 Prozent erhöhen.

(jg) ■

### • Weitere Informationen

Entwurf der G8-Erklärung mit Datum Februar 2007 (PDF, 21 S., 640 kB): [www.priceofoil.org/wp-content/uploads/2007/04/Draft%20G8%20Feb%202007%20Version.pdf](http://www.priceofoil.org/wp-content/uploads/2007/04/Draft%20G8%20Feb%202007%20Version.pdf)

Quelle:

[www.g8-blog.blogspot.com/2007/04/entwurf-der-g8-deklaration-fr.html](http://www.g8-blog.blogspot.com/2007/04/entwurf-der-g8-deklaration-fr.html)

## G8-Newsticker

### Klimaschutz: EU-Umweltkommissar Dimas fordert G8 zum Handeln auf

Die Staats- und Regierungschefs der großen Industrienationen und der fünf größten Schwellenländer müssen in Heiligendamm eine Übereinkunft erreichen. Dies fordert EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Wenn diese wenigen Führungskräfte keine Annäherung erreichten, wie könne es dann Fortschritte geben, wenn sich im Dezember 200 Umweltminister/innen treffen, so der Kommissar Ende März in einer Rede vor dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments. (jg)

Rede (engl.): [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference SPEECH/07/199)

### Internationalismus-Gruppen kritisieren NGO-Positionspapier zu G8

Nach der Übergabe eines Positionspapiers<sup>1</sup> von rund 40 Nichtregierungsorganisationen anlässlich des internationalen Umweltministertreffens in Potsdam (EUR 04.07, S. 7) haben Kritiker/innen aus der Linken eine Replik veröffentlicht. Den NGOs wird politische Rückschrittlichkeit und eine herrschaftskonforme Haltung vorgeworfen. Bisher habe es einen Konsens gegeben, die G8 zu delegitimieren statt Forderungen an sie zu stellen. Diesen hätten nun die NGOs in Frage gestellt, indem sie durch das Forderungspapier die „G8 delegitimiert“ hätten. Gemeinsamem Protest steht aus Sicht der Gruppen laut Presseberichten dennoch nichts grundsätzlich im Wege. (jg)

BUKO-Papier: „Glaubwürdigkeit von NGOs auf dem Prüfstand“ [www.buko.info/aktuell/ngo\\_replik.htm](http://www.buko.info/aktuell/ngo_replik.htm)

### Deutschland soll sich EU- und weltweit für Recht auf Wasser einsetzen

Anlässlich des Internationalen Tages des Wassers am 21. März hat ein breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen die Bundesregierung aufgefordert, sich in der EU und weltweit für das Menschenrecht auf Wasser einzusetzen, es zu schützen, zu respektieren und zu gewährleisten. Kritisiert wurde die Beteiligung Deutschlands an der Finanzierung von umwelt- und wassergefährdenden Projekten wie dem Bau einer Erdölpipeline in

Ecuador, dem Bau des Ilisu-Staudamms in der Südosttürkei sowie unzureichende Emissionsbegrenzungen bei der EU-Richtlinie zu prioritären Stoffen (siehe S. 27).

(jg)

[www.forumue.de](http://www.forumue.de) (Pressemitteilung 21.03.07)

### Art goes Heiligendamm: Kunstprojekt sucht Unterstützer/innen

► Anlässlich des G8-Gipfels soll neben vielen anderen Aktivitäten auch ein Kulturprojekt namens „Art goes Heiligendamm“ stattfinden. Ziel ist es, soziale Bewegungen und Kulturschaffende vor Ort miteinander zu vernetzen und sich künstlerisch mit Themen wie Globalisierung auseinanderzusetzen. Das Projekt sucht noch Unterstützung, weil eine offizielle Förderung abgelehnt wurde. (jg)

[www.art-goes-heiligendamm.net](http://www.art-goes-heiligendamm.net)

### Musik und Film zum G8-Gipfel

Mittlerweile gibt es auch Musik und einen Film zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel. Der Erlös der Musik-CD (CD-Sampler von „Move Against G8“) wird für die G8-Mobilisierung verwendet. Zahlreiche Künstler/innen beteiligen sich inzwischen an den Protesten gegen das G8-Treffen. Höhepunkt der Künstler-Aktionen soll der 7. Juni in Rostock werden, wenn Herbert Grönemeyer and Friends in unmittelbarer Nachbarschaft zum G8-Gipfel ein Konzert geben. (jg)

Quellen: [www.move-against-g8.de](http://www.move-against-g8.de)  
[www.g8-blog.blogspot.com/2007/04/rock-pop-rap-die-welt-kann-nicht-warten.html](http://www.g8-blog.blogspot.com/2007/04/rock-pop-rap-die-welt-kann-nicht-warten.html)

■

<sup>1</sup> „Glaubwürdigkeit der Mächtigen auf dem Prüfstand: Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln!“, Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm 6.-8.6.2007: [www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapier/g8\\_ngo\\_pospap\\_dt.pdf](http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapier/g8_ngo_pospap_dt.pdf)

## Dokumentation „Berliner Erklärung“

### Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war. Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

#### I.

Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten.

Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.

#### II.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen.

Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.

#### III.

Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen.

Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern.

Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu

Die „Berliner Erklärung“ wurde am 25. März 2007 stellvertretend für die EU-Mitgliedstaaten von der Vorsitzenden des Europäischen Rates, Bundeskanzlerin Angela Merkel, sowie vom Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pötering und von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Deutschen Historischen Museum in Berlin unterzeichnet.

schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen. Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. ■

#### • Weitere Informationen

[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

## Breites Bündnis für Umkehr in der EU-Wirtschaftspolitik

Von Sven Giegold, BUND/Attac

### Zweiter Alternativer ECOFIN endet mit gemeinsamer Abschlusserklärung

Mit mehr als 300 Teilnehmer/innen ist am 22. April der 2. Alternative ECOFIN<sup>1</sup> in Berlin zu Ende gegangen. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung (siehe Dokumentation rechts) fordern die Veranstalter - ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Globalisierungskritiker/innen, Verbänden, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen - eine radikale Umkehr in der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union.

„Der Versuch, die europäische Einigung unter neoliberalen Vorzeichen fortzuführen, findet keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr - er gefährdet vielmehr das gesamte europäische Projekt“, heißt es in der Erklärung. Die Orientierung auf ein markt- und elitenfixiertes Integrationsmodell habe Europa in eine tiefe Krise geführt. Notwendig sei stattdessen ein offener und demokratischer Prozess, der zu einem ökologisch und sozial gestalteten Europa führt.

Der Erklärung ist verfasst worden von Attac, dem BUND, der Euro-Memorandum-Gruppe, den Gewerkschaften IG Metall und Verdi sowie der entwicklungspolitischen Organisation WEED. Diese neue Übereinstimmung zwischen den Organisationen ist als großer Erfolg zu werten. Damit hat die zivilgesellschaftliche Opposition gegen die derzeitige, neoliberal ausgerichtete EU eine neue Qualität erreicht.

### Ablehnung der Lissabon-Strategie

Die Unterzeichner sind sich einig in ihrer Ablehnung der Lissabon-Strategie. Diese habe die Angebotsorientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter verschärft, Ziele wie Vollbeschäftigung, Armutsreduzierung und Umweltschutz seien aus der politischen Praxis weitestgehend verbannt worden. Der EU - und innerhalb dieser in besonderem Maße Deutschland - komme zunehmend die internationale Rolle als Globalisierungsverschärferin zu.

<sup>1</sup> ECOFIN ist das EU-Kürzel für den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, eines der mächtigsten Gremien der EU. Demgegenüber will der „Alternative ECOFIN“ eine wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Basis für eine demokratischere, soziale und ökologische Wirtschaftspolitik in Europa entwickeln und entsprechende Alternativen vorstellen.

### Handelpolitik in der Kritik

Auch die neue Strategie zur Handelspolitik der EU („Global Europe - Strategie zur externen Wettbewerbsfähigkeit“) stößt auf scharfe Kritik. Ziel dieser aggressiven Außenhandelspolitik ist die Durchsetzung weitreichender „WTO-plus-Regeln“ gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. „Damit einher geht eine verschärfte Anpassung EU-interner Regeln und politischer Prozesse an die Bedürfnisse weltmarkt-orientierter Konzerne ohne soziale und ökologische Regulierungen“, heißt es in der Erklärung. Die derzeit verhandelten bilateralen Handelsabkommen (Economic Partnership Agreements - EPA) mit den 78 so genannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) seien mit einer solidarischen Handelspolitik gegenüber Entwicklungsländern nicht vereinbar.

### Volksabstimmung zur EU-Verfassung gefordert

Die Verfasser der Erklärung fordern Volksabstimmungen über einen neuen, demokratischen EU-Vertrag. Auch dies ist in diesem Bündnis ein Novum. ■

### • Weitere Informationen

Sven Giegold, Attac-Koordinierungskreis  
Tel. 0163 / 5957590  
eMail: giegold@attac.org

[www.alternativer-ecofin.org](http://www.alternativer-ecofin.org)

## Dokumentation Abschlusserklärung zum 2. Alternativen ECOFIN

### „Berliner Deklaration“

Parallel zum „informellen“ ECOFIN-Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU hat in Berlin der 2. Alternative ECOFIN getagt. Der alternative ECOFIN greift die Impulse der Vorgängerkonferenz und „Wiener Deklaration“ vom April 2006 auf. Ein einiges, wirtschaftlich erfolgreiches, friedliches, solidarisches und ökologisch nachhaltiges Europa ist zu wertvoll, um es der Politik der Regierungen und der EU- Institutionen zu überlassen.

Die Orientierung auf ein markt- und elitenfixiertes Integrationsmodell hat Europa in eine tiefe Krise geführt. Deshalb melden wir uns zu Wort. Im Zusammenwirken von Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen sowie kritischer Wissenschaft wollen wir in einem offenen und demokratischen Prozess zu einem Umsteuern beitragen und erneuern unsere Forderungen nach einem ökologisch und sozial gestalteten Europa.

### 1. Die gegenwärtige Krise der EU

Das historisch fortschrittliche Projekt der europäischen Integration wird seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend neo-liberal deformiert. Die von den EU-Organen und den meisten Mitgliedstaaten vorangetriebene Wirtschafts- und Finanzpolitik setzt einseitig auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Statt die kontraproduktive Wirkung dieses Ansatzes auf die erklärten EU-Ziele zu überdenken, reagierte die Politik mit einer Erhöhung der Dosis: Bei der Lissabon-Strategie der EU wurde die schon zu Beginn vorhandene Tendenz in Richtung einer angebotsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter betont und die verbal noch vertretenen Ziele Vollbeschäftigung, Armutsreduzierung und Umweltschutz aus der politischen Praxis weitestgehend verbannt. Gegenüber den Skandalen von Massenerwerbslosigkeit und Armut in der Wohlstandsregion Europa betreibt die EU viel verbalen Aufwand, aber keine energische Politik. Dabei zeigt das Beispiel der skandinavischen Länder, dass im Sinne sozialer Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und ökonomischer Leistungsfähigkeit auch in Zeiten der Globalisierung große Handlungsspielräume bestehen. Aber der ECOFIN-Rat stimmt eine Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU ab, die die internationale Rolle der

EU als „Globalisierungsverschärfer“ weiter zuspitzt. Dadurch entstehen auch innerhalb Europas immer bedrohlichere Ungleichgewichte, die dann inner-gesellschaftlich zu sozialer Ausgrenzung und Polarisierung führen. Diese Fehlentwicklung ist ganz entscheidend von einem aggressiv auf hohe Exportüberschüsse fixierten, „räuberischen“ Deutschland geprägt worden. Der deutschen Position als Exportweltmeister stehen wachsende Leistungsbilanzdefizite vieler Mitglieds-länder gegenüber. Die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre kann deshalb kein Modell für Europa sein. Auf Dauer bedrohen derartige Ungleichgewichte nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Zusammenhalt Europas. Doch statt diese seit vielen Jahren überfällige Wende auf nationaler Ebene durchzuführen, verschärfen die deutsche EU-Präsidentschaft - und die parallele G8-Präsidentschaft Deutschlands - diese negativen Tendenzen weiter:

- An die Stelle einer Einbindung der Finanzmärkte in die Entwicklung der Realwirtschaft tritt weitere Liberalisierung im Interesse der Finanzkonzerne.
- Ein neuer Privatisierungsschub und die Erosion der Steuerbasis bedrohen die ohnehin geschwächten öffentlichen Leistungen und Räume und verstärken damit bestehende Geschlechterungerechtigkeiten. Ganze Finanzierungs-kreisläufe - wie etwa die umlagefinanzierten Pensionssysteme - sollen europaweit den Anlagestrategien des privaten Kapitals preisgegeben werden.
- Mit der Umsetzung der neuen handelspolitischen „Global Europe“-Strategie planen Deutschland und die EU die Durchsetzung wiet reichender „WTO-plus“-Regeln gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. Damit einher geht eine verschärfte Anpassung EU-interner Regeln und politischer Prozesse an die Bedürfnisse weltmarktorientierter Konzerne ohne soziale und ökologische Regulierungen.
- Anstatt die sich immer weiter verschärfende ökologische Krise wirklich durch sozialökologische Umbaumaßnahmen am „europäischen Haus“ anzugehen, beschränkt sich die EU bislang auf Ankündigungen und halbherzig verfolgte Strategien.
- Statt zu versuchen, das weltpolitische Engagement der EU strikt auf nichtmilitärische Politik zur Friedenssicherung und Entwicklungshilfe zu konzentrieren,

unterstützt auch die deutsche Präsidentschaft die Forderungen nach einem weiteren Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU.

- Anstatt sich innerhalb des UN-Systems dem neoliberale Washington Consensus entgegenzustellen und einen neuen, entwicklungs- und umweltgerechten Multilateralismus zu schaffen, verfolgt die EU zunehmend selbst eine bilaterale Agenda in der internationalen Politik, durch die dieses destruktive Regulierungsmodell noch schärfer durchgesetzt wird.

Der Versuch, die europäischen Einigung unter neoliberalen Vorzeichen fortzuführen, findet keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr - er gefährdet vielmehr das gesamte europäische Projekt. Angesichts der gravierenden Fehlentwicklungen der offiziellen EU-Politik geht es für uns um Protest und politische Alternativen.

## 2. Unsere Alternativen

Wir wollen die Schlagseite einer vor allem an kurzfristigen Renditeinteressen ausgerichteten und von den politischen Eliten ohne wirksam demokratische Kontrolle bestimmten EU überwinden. Eine wirklich „moderne Finanz- und Wirtschaftspolitik“, muss folgenden Elemente umfassen:

Wirksame Schritte in Richtung einer koordinierten europäischen Politik der existenzsichernden, menschenwürdigen Vollbeschäftigung: Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeit, öffentliche Zukunfts-investitionen, insbesondere in den Bereichen des sozialökologischen Umbaus, der Erarbeitung und Vermittlung von Wissensgrundlagen und der sozialen und kulturellen Dienstleistungen, sowie eine selektiv wirkende Makropolitik, die zugleich gezielt die vorrangigen Zukunftsaufgaben eines sozialökologischen Umbaus angeht, bilden die wesentlichen Achsen eines Richtungswechsels, der den lähmenden und einschüchternden Druck von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von allen Arbeitnehmer/innen nehmen kann.

Strategien zu einem grenzübergreifenden Ausbau der sozialen Sicherheit, die der Verarmung und Prekarisierung gezielt entgegenwirkt: Dazu sollte die Politik in einer neuen, veränderte Geschlechter- und Generationenverhältnisse berücksichtigenden Weise an Forderungen nach Mindeststandards und -entgelten anknüpfen. Sie sollte bindende soziale Korridore für Steuer- und Sozialstandards je nach wirt-

schaftlicher Leistungsfähigkeit der Staaten beschließen - mit dem Ziel ihrer mittelfristigen Konvergenz nach oben. Zugleich sind öffentliche Leistungen und Räume als ein wichtiger Faktor sozialen Ausgleichs zu begreifen und durch eine Erneuerung öffentlicher Dienste und Unternehmen zu stärken.

Ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Kohäsion: Die Mitgliedstaaten der EU sollten sich endlich auf wirksame Maßnahmen gegen den Steuerwettbewerb einigen. Sie allein können die „Finanzierungsgrundlagen der staatlichen Aufgabenwahrnehmung“ langfristig sichern. Dazu gehören die Festsetzung von einheitlichen Mindeststeuersätzen und einer einheitlichen Bemessungsgrundlage, sowie die Bekämpfung der Steuerflucht. Zugleich ist sicherzustellen, dass die sozialen und ökologischen Folgewirkungen der verschärften Binnenmarktkonkurrenz auch grenzübergreifend durch entsprechende Transferzahlungen kompensiert werden. Als erste Schritte dazu wären etwa eine Devisentransaktionssteuer sowie eine europäische Kerosinsteuer zu erheben und direkt für europäische Transferzahlungen zur Kompensation von ‚Klimaschäden‘ einzusetzen.

Die Nachhaltigkeitspolitik der EU neu definieren und konkreter umsetzen: Bisher begnügen sich die maßgeblichen Kräfte in der EU mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zu den Zielen einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung. In der konkreten Gesetzgebung bleiben die EU und die Mitgliedstaaten aber weit hinter den Zielen zurück. Der Ausstoß der Treibhausgase muss bis 2020 auf der Basis von 1990 in der EU um 30 Prozent und in Deutschland um 40 Prozent verringert werden. Dafür sind u. a. folgende Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich: Ausbau der erneuerbaren Energien, Aufbau einer dezentralen und effizienten Energieversorgung, Wärmedämmung von Gebäuden, Verringerung des Kraftstoffverbrauchs der Pkw, Verbrauchsstandards für Elektrogeräte. Die Steuer- und Subventionspolitik der EU muss an den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet werden, etwa durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Steuerreform. Das unerlässlich gewordene Umsteuern muss an den gegenwärtigen nicht-nachhaltigen Energie- und Verkehrssystemen ansetzen und dem

strukturellen Zurückbleiben ganzer Gruppen von Mitgliedstaaten entgegenwirken.

Die globale Verantwortung der EU aktiv und kooperativ wahrnehmen: Als größter Wirtschaftsraum trägt die EU eine wesentliche Verantwortung für eine friedliche und gerechte internationale Wirtschaftsordnung. Sie sollte für die demokratische Kontrolle der internationalen Regulierungsinstitutionen, für die Erhöhung der „Finanzmarktstabilität“ und generell für gleichberechtigte und faire internationale Handelsbeziehungen eintreten. Dazu gehören auch eine solidarische Handelspolitik gegenüber Entwicklungsländern und der Schutz wirtschafts- und umweltpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten vor dem Korsett von WTO- und „WTO-plus“-Regeln. Die derzeit verhandelten bilateralen Handelsverträge mit den AKP-Staaten (EPAs) sind damit nicht vereinbar. Ferner bedarf es der Neuausrichtung der Entwicklungskooperation auf die Förderung eigenständiger Strategien der Entwicklungsländer zur Überwindung von Armut und Hunger sowie der Durchsetzung der Kernarbeitsnormen der ILO und verbindlicher internationaler Verhaltensstandards für Unternehmen. Das Öffentliche Beschaffungswesen der EU und aller Mitgliedstaaten sollte konsequent zur Stärkung sozialer, ökologischer, fairer und entwicklungsgerechter Produktion innerhalb und außerhalb Europas genutzt werden.

### 3. Grundlagen der europäischen Integration neu bestimmen

Anstatt die überkommene und verfehlte Politik fortzuschreiben - wie dies das ECOFIN-Programm für die deutsche EU-Präsidentschaft 2007 getan hat - ist es längst überfällig, die Fixierung der offiziellen wirtschafts- und finanzpolitischen Debatte in Europa auf Liberalisierung und Deregulierung zu überwinden. Es ist vorurteilslos zu fragen, welche wirtschafts- und finanzpolitischen Strategien die Ziele einer ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten und solidarischen und ökonomisch leistungsfähigen Entwicklung im Interesse der Menschen wirklich erreichen können. Dies erfordert auch eine neue Einbindung von Europäischer Zentralbank, ECOFIN-Rat und andere europäischen Institutionen in demokratische Politik.

Die von der deutschen Präsidentschaft beabsichtigte schnelle Wiederbelebung des gescheiterten Verfassungsentwurfs wäre für die notwendige demokratische Neube-

stimmung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa eine schwere Hypothek. Die in dem Entwurf enthaltenen neoliberalen, wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgaben sollten zurückgenommen und die soziale Dimension gestärkt werden. Die „Berliner Erklärung“ des EU-Gipfels kündigte eine erneuerte gemeinsame Grundlage Europas an. Dafür ist jedoch ein offener demokratischer Prozess Voraussetzung. Die darin erarbeiteten neuen Grundlagen sollten die weitere Entwicklung Europas an starke soziale und ökologische sowie geschlechtergerechte Leitplanken binden und Europas Fähigkeit zur globalen Kooperation stärken. Der Festigung des europäischen Zusammenhaltes würde es dienen, wenn die Menschen Gelegenheit erhalten, eine in diesem Prozess entwickelte konkrete Vision der europäischen Integration in Volksabstimmungen zu ratifizieren. Dies würde mehr Beteiligung und Demokratie in Europa bedeuten - und die Menschen wieder näher an die Europäische Einigung heranführen. (Berlin, 21.4. 2007) ■

#### • Weitere Informationen

Alternativer Ecofin, c/o WEED, Torstr.  
154, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275-82163, Fax -96928  
[www.alternativer-ecofin.org](http://www.alternativer-ecofin.org)

## Grünbuch Marktinstrumente in der Umweltpolitik

### EU-Kommission will mehr Steuern und handelbare Emissionsrechte

Die EU will in zunehmendem Maße auf ökonomische oder marktwirtschaftliche Instrumente setzen. Das sind z. B. indirekte Steuern, gezielte Subventionen und handelbare Emissionsrechte. Das am 28. März veröffentlichte Grünbuch KOM(2007) 140 „Marktwirtschaftliche Instrumente für umwelt- und energiepolitische Ziele“ soll die Möglichkeiten eines verstärkten Einsatzes dieser marktbasier-ten Instrumente (MBI) erhöhen. Die EU-Kommission hält MBI für ein flexibles und kosteneffizientes Mittel zur Erreichung politischer Ziele. Das Grünbuch soll die Energiesteuerrichtlinie direkter auf die gemeinschaftlichen Energie- und Umweltziele der EU ausrichten, aber auch bei der Ressourcennutzung könnten Steuern oder Handelssysteme eingesetzt werden.

### Konsultation bis zum 31. Juli

► Interessengruppen und die Bevölkerung können sich an einer Konsultation beteiligen. Es werden u. a. folgende Themen bearbeitet bzw. Fragen aufgeworfen:

- Wie kann nach nationaler Erfahrung der Prozess der Reform umweltschädlicher Subventionen vorangebracht werden?
- Diskussion von Optionen für die weitere Anwendung von MBI zur Beeinflussung des Energieverbrauchs;
- Eindämmung der Umweltauswirkungen des Verkehrs (auch Schiffsverkehr);
- Einsatz von MBI gegen Verschmutzung und zur Ressourcenschonung (Wasser, Abfallmanagement);
- MBI zum Schutz der Artenvielfalt (Beispiel: Sollten die Möglichkeiten zur Einführung von Ausgleichsmaßnahmen für die biologische Vielfalt auf Gemeinschaftsebene, z. B. eines Wetland-Bankings, eingehender geprüft werden?);
- Einsatz von MBI gegen Luftverschmutzung (z. B. grenzüberschreitender Emissionshandel für NO<sub>x</sub> und SO<sub>2</sub>). (jg) ■

### • Weitere Informationen

Grünbuch Marktbasier- te Instrumente:  
[www.ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/common/whats\\_new/COM\(2007\)140\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/whats_new/COM(2007)140_de.pdf)

Reaktionen auf die Konsultation an:  
 eMail: [green-paper-mbi@ec.europa.eu](mailto:green-paper-mbi@ec.europa.eu)

## Zugang zu EU-Dokumenten: Grünbuch und Konsultation

### Kommentare bis 15. Juli möglich

► Mit dem Ziel einer Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit wird die Verordnung 1049/2001/EG, die seit fünf Jahren den Zugang zu Dokumenten der drei EU-Institutionen regelt, überprüft. Ein dazu von der EU-Kommission im Rahmen ihrer Transparenzinitiative vorgelegtes Grünbuch zum Recht auf Zugang der Öffentlichkeit zu EU-Dokumenten analysiert zunächst die Umsetzung der bisher gültigen Verordnung und fasst die einschlägige Rechtsprechung der Europäischen Gerichte zusammen. In einem zweiten Teil legt die Kommission dann Vorschläge zur Verbesserung des bestehenden Systems dar. Um Kommentare dazu wird bis 15. Juli gebeten.

### Die Schwerpunkte der Konsultation sind:

- Sollte die aktive Informationsverbreitung stärker gefördert werden?
- Die Bestimmungen über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten könnten mit den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen harmonisiert werden, auf die die Organe durch ein internationales Übereinkommen (Ärhus-Konvention) verpflichtet sind. Würde eine einheitliche Regelung des Zugangs zu Schriftstücken, einschließlich zu Umweltinformationen, zu mehr Klarheit für den Bürger führen?
- Wie kann ein Ausgleich zwischen Transparenz einerseits und Datenschutz, geschäftlichen und wirtschaftlichen Interessen sowie dem Grundsatz einer guten Verwaltung andererseits sichergestellt werden?

Zu jedem Thema kann die Öffentlichkeit auf einem Fragebogen Position beziehen, Kommentare abgeben und Vorschläge machen. Die Beiträge werden über eine eigens hierzu eingerichtete Webseite eingereicht. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Grünbuch „Überprüfung der Regeln für den Zugang zu Dokumenten“:  
[www.ec.europa.eu/transparency/revision/docs/gp\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/transparency/revision/docs/gp_de.pdf)

Konsultation zum Grünbuch:  
[www.ec.europa.eu/transparency/revision/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/transparency/revision/index_de.htm)

## Newsticker

### EU Parlament: Kroatien tut zu wenig für Umweltschutz

Kroatien müsse sich im Bereich des Umweltschutzes stärker anstrengen, um den Anforderungen einer EU-Mitgliedschaft gerecht zu werden, heißt es in einer Resolution des Europäischen Parlaments von Ende März. Die Abgeordneten fordern den Beitrittskandidaten u. a. dazu auf, das Kyoto-Protokoll zum Schutz des Klimas zu ratifizieren und den öffentlichen Zugang zu Umweltinformationen zu verbessern. Umweltschutzorganisationen schlossen sich den Forderungen an und ergänzen, dass sich die Fälle von Korruption im Zusammenhang mit Umweltverträglichkeitsprüfungen häufen würden. (ms)

Quelle: ENDS Europe Daily 29.03.07  
 Presseinformation EU-Parlament:  
[www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/027-4601-086-03-13-903-20070326IPR04585-27-03-2007-2007-false/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/027-4601-086-03-13-903-20070326IPR04585-27-03-2007-2007-false/default_en.htm)

### Online-Plattform zum Umweltrecht

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) hat ein neues Portal zu Fragen des Umweltrechts online gestellt. Unter dem Titel „Anspruchsvoll - Ihr neues Recht auf Umweltinformationen“ informiert die Seite über das Recht auf Umweltinformationen auf der Ebene der Länder, des Bundes und der EU. (ms)

[www.umweltinformationsrecht.de](http://www.umweltinformationsrecht.de)

### IVU: Konsultation zu industrieller Umweltverschmutzung bis 18. Juni

► Die EU-Kommission hat anlässlich der Überprüfung der IVU-Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung eine Internetbefragung gestartet. Bis zum 18. Juni können sich Interessengruppen an der öffentlichen Konsultation der IVU-Richtlinie (Integrated Pollution Prevention and Control - IPPC) beteiligen. Der englischsprachige Fragebogen ist im Internet abrufbar. (jg)

[www.ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ippc&lang=en](http://www.ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ippc&lang=en)  
 Hintergrundinformationen (deutsch):  
 „Die Überprüfung der IVU-Richtlinie“  
[www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/ivu.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/ivu.pdf)

■

## EU billigt deutsche Einweg-Pfandpflicht

### EU-Kommission stellt Verfahren gegen Pfandregelungen ein

Die Europäische Kommission hat nach langem Hin und Her, nach zwei Urteilen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und nach einer Überarbeitung der Regelungen das Verfahren gegen Deutschland wegen der Pfandpflicht Einführung für Einwegverpackungen eingestellt. Im Jahr 2003 hatte die EU-Kommission das Verfahren eingeleitet (EUR 11/12.03, S. 21), weil zum Zeitpunkt der Pfandpflicht Einführung kein funktionierendes landesweites Rücknahmesystem zur Verfügung gestanden habe. Einzelhändler mussten nur Verpackungen zurückzunehmen, die nach Art, Form und Größe genau denjenigen entsprachen, die sie selbst im Angebot hatten. Ausländische Anbieter fühlten sich deshalb diskriminiert und klagten gegen die Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs durch Ungleichbehandlung.

### Geändertes Verfahren sei „einwandfrei“

Seit 1. Mai 2006 können Einwegflaschen grundsätzlich in allen Verkaufsstellen zurückgegeben werden, in denen Getränke in Verpackungen aus gleichem Material verkauft werden. Somit funktioniert das System „einwandfrei“ und findet auch bei importierten Produkten diskriminierungsfrei Anwendung, befand die Kommission, weshalb das Verfahren eingestellt wurde. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid)  
(IP/07/405)

## Gefahrstoffe in E-Geräten: EU überprüft RoHS-Richtlinie

### Öffentliche Konsultation - Beteiligung bis 22.5. erwünscht

► Die EU-Kommission überprüft ihre Gesetzesregelungen zum Verbot gefährlicher Stoffe in elektrischen und elektronischen Geräten. Ende März hat sie ein Papier veröffentlicht, in dem es um die Ausweitung der Vorschriften der Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS-Richtlinie) geht. Überprüft werden Begrifflichkeiten, aber auch die Reichweite (sowohl substanz- als auch produktbezogen) der Richtlinie. An der öffentlichen Konsultation können sich Interessierte bis 22. Mai beteiligen.

### Frühestens 2008 erster Vorschlag zur Erweiterung der Richtlinie

Die RoHS-Richtlinie verbietet Blei, Cadmium, Quecksilber, sechswertiges Chrom und bromhaltige Flammschutzmittel wie polybromierte Biphenyle (PBB) und polybromierte Diphenylether (PBDE). Ob diese Verbote ausgeweitet werden können bzw. ob die - bisher immer umstrittenen (EUR 04.06, S. 8) - Ausnahmeregelungen angepasst werden müssen, soll geprüft werden. Laut EU-Kommission ist das Ziel der Überprüfung, den „Umweltnutzen zu erhöhen, Umsetzungs- und Durchsetzungsprobleme aus der Welt zu schaffen sowie die Richtlinie kosteneffizienter“ zu machen. Allerdings soll ein erster Vorschlag ▼ hierzu erst 2008 auf dem Tisch liegen, die neuen Regelungen könnten dann frühestens 2010 in Kraft treten. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
eMail: [env-rohs-directive-review@ec.europa.eu](mailto:env-rohs-directive-review@ec.europa.eu)

Informationen zur Konsultation:  
[www.ec.europa.eu/environment/waste/veee/pdf/review\\_2002\\_95\\_ec\\_directive.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/veee/pdf/review_2002_95_ec_directive.pdf)

Weitere Quelle: ENDS Europe Daily 29.03.07

## Erste Studien zu energieeffizienten Produkten

### Straßenbeleuchtung und Ladegeräte sollen energiesparender werden

Die EU-Kommission hat einige Studien zu energieeffizienten Produkten in Auftrag gegeben. Aus den Ergebnissen der insgesamt 19 Studien sollen formale Kriterien für Energie verbrauchende Produkte entwickelt werden. Die ersten beiden Studien wurden Anfang April veröffentlicht, 17 weitere sollen noch folgen.

### Reduktionspotenziale bei der Straßenbeleuchtung

Eine Studie zur Beleuchtung öffentlicher Straßen empfiehlt, Quecksilberdampf-Hochdrucklampen bis 2010 zu verbieten und Mindest-Effizienzstandards für die meistgebräuchlichen Straßenlaternen (Hochdrucknatriumlampen) zu erlassen. Das Verbot von Quecksilberdampf-Hochdrucklampen ab 2010 könne bis 2020 den Energieverbrauch bei der Straßenbeleuchtung von hochgerechneten 39 auf 35 Terawattstunden (TWh, Milliarden kWh) verringern und habe außerdem den Effekt, das gefährliche Schwermetall Quecksilber aus dem Verkehr zu ziehen. Darüber hinaus enthält die Studie Empfehlungen für andere Lampentypen und Bestandteile von Lampen, um diese umweltfreundlicher zu machen. Würden all diese Optionen durchgesetzt, könne der Energieverbrauch auf 31 TWh reduziert werden.

### Drei Szenarien bei Ladegeräten

In der zweiten Studie über externe Energieversorgungssysteme und Ladegeräte werden drei Politikszenerarien für den Zeitraum bis 2020 vorgestellt. Das größte Verbesserungspotenzial liege in der bewussten Materialauswahl der einzelnen Bestandteile sowie in der Gestaltung des Stromkreislaufs. Danach folgten Produktlebensdauer und Konsumentenverhalten. Eine Studie zum Energieverbrauch von Standby-Produkten soll in Kürze folgen. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Studie zur Straßenbeleuchtung:  
[www.eup4light.net/assets/pdf/VITO\\_EuP\\_Street\\_Lighting\\_Final.pdf](http://www.eup4light.net/assets/pdf/VITO_EuP_Street_Lighting_Final.pdf)  
Studie zu Ladegeräten:  
[www.ecocharger.org/docs/BIOconsortium\\_EuP\\_Lot\\_7\\_Final\\_Report.pdf](http://www.ecocharger.org/docs/BIOconsortium_EuP_Lot_7_Final_Report.pdf)  
Quelle: ENDS Europe Daily 04.04.07

## Newsticker

### **Flughäfen klagen über Müllmengen durch EU-Sicherheitsregeln**

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) hat die EU-Kommission Ende März aufgefordert, die Regeln für Flüssigkeiten im Handgepäck zu überarbeiten. In der EU gelten dafür strenge Regeln: Wer Behälter mit mehr als 100 Milliliter Flüssigkeit mitführt, muss diese abgeben. An Spitzentagen fallen so laut ADV bis zu drei Tonnen Flüssigkeiten an, die aus Haftungsgründen als Sondermüll entsorgt werden müssen. Die ADV schätzt den Wert der eingesammelten und anschließend als Müll entsorgten Waren auf wöchentlich etwa 2 Mio. Euro. Vor allem Transferfluggäste aus Nicht-EU-Staaten mit einem Anschlussflug seien betroffen, wenn sie zwischendurch eingekauft haben. (jg)

Quelle: [www.adv.aero/de/gfx](http://www.adv.aero/de/gfx) (10/2007)

### **Europäischer Gerichtshof: Frankreich hat EU-Abfallrecht gebrochen**

In einem Urteil von Ende März hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Frankreich für schuldig befunden, gegen europäisches Recht im Abfallbereich zu verstoßen. Die EU-Kommission hatte im Dezember 2003 geklagt, weil Frankreich zahlreiche illegale Mülldeponien zugelassen und keine ausreichenden Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien 91/156/EWG (EU-Abfallrichtlinie) und 1999/31/EG (EU-Deponienrichtlinie) unternommen habe. Noch 2005 habe es über 1.000 illegale Mülldeponien gegeben. Im Vorfeld der Verkündung des Urteils hatte das französische Umweltministerium allerdings erklärt, dass das Problem nunmehr beseitigt sei. Von den über 1.000 Deponien seien weniger als 60 übrig, die meisten davon auf Korsika und in den französischen Überseegebieten. Frankreich trägt die Kosten des Verfahrens im Urteil C-423/05. (jg)

Quellen: ENDS Europe Daily, 21.03./29.03.07

### **Greenpeace-Rangliste für Elektronik-Produkte - Apple erneut Letzter**

Die Umweltorganisation Greenpeace hat Anfang April eine aktualisierte Bewertung der Umweltpolitik der 14 marktrelevanten Unternehmen in Bezug auf giftige Substanzen in Elektronikprodukten sowie Recycling-Aktivitäten veröffentlicht. Dabei geht es hauptsächlich um Telekommunikationsgeräte sowie Computer und ähnliche

Verbraucherelektronik. Die Firma Apple sei wieder auf dem letzten Platz gelandet und habe sich „keinen Millimeter bewegt“, sagte die Greenpeace-Toxikologin Zeina Alhaji. Der chinesische PC-Hersteller Lenovo habe sich dagegen durch geeignete Maßnahmen auf den Spitzenplatz vorgearbeitet. Das Ranking beinhaltet sowohl Beurteilungen der Produkte als auch der angekündigten Unternehmensziele. Werden diese nicht eingehalten, gibt es Strafpunkte. (jg)

Quelle: [www.presstext.de/pte.mc?pte=070403032](http://www.presstext.de/pte.mc?pte=070403032)

### **Berichterstatter: Energiespar-Label soll für Behörden Pflicht werden**

Im Zuge der Neufassung der Verordnung für das europäische Energiespar-Label „Energy Star“ hat der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Nikolaos Vakalis, eine Verknüpfung mit dem öffentlichen Beschaffungswesen vorgeschlagen. Geht es nach dem griechischen Mitglied der Konservativen Fraktion, sollen zukünftig alle Bürogeräte in nationalen und europäischen Behörden den Kriterien des Energy-Star-Labels entsprechen. Dies könne zum Energiesparen beitragen und unnötige Kosten verringern. „Energy Star“ ist ein internationales freiwilliges Kennzeichnungsprogramm für Strom sparende Bürogeräte, das 1992 von der US-Umweltbehörde EPA ins Leben gerufen wurde. Durch ein Abkommen mit der US-Regierung nimmt die EU am Energy-Star-Programm teil, soweit sich dieses auf Bürogeräte bezieht. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 13.04.07

Vakalis-Bericht:

[www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/documents/pr/659/659911/659911de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/659/659911/659911de.pdf)

### **Konferenz zu sozialer Verantwortung im öffentlichen Beschaffungswesen**

ICLEI, der Internationale Rat für Kommunale Umweltinitiativen, will Anfang Dezember 2007 eine zweitägige Konferenz zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung veranstalten. Schwerpunkte sollen soziale Aspekte bei Bau, Textilien und Kleidung sein. (jg)

● ICLEI Europe, Amalia Ochoa, eMail:

[amalia.ochoa@iclei-europe.org](mailto:amalia.ochoa@iclei-europe.org)

■

## **Globales Bündnis klagt gegen Patente auf Saatgut und Tiere**

### **EPA entscheidet bald über generelle Zulässigkeit von Pflanzenpatenten**

Ein internationales Bündnis von Bauern-, Umwelt- und Entwicklungshilfeverbänden aus Asien, Europa, Süd- und Nordamerika hat Ende März zur weltweiten Mobilisierung gegen die Patentierung von Saatgut und Nutztieren aufgerufen. Der Appell ging auch an die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts (EPA). Die Behörde wird demnächst am Beispiel von Brokkoli grundsätzlich entscheiden, ob Patente für die Züchtung konventioneller Pflanzen zulässig sind. Der Brokkoli wurde mit Hilfe einer Gen-Diagnose auf seine natürlichen Gene untersucht. Die Gene wurden dabei nicht verändert. Alle Brokkoli-Pflanzen, die ähnliche Gene haben, sollen laut dem Patent als „technische Erfindung“ gelten.

### **Immer mehr Patentanträge auf konventionell gezüchtete Pflanzen**

Im Jahr 2000 war die Patentierung von Pflanzensorten und Tierrassen generell zugelassen und ein anders lautendes Urteil zurück genommen worden. Das EPA vergab seitdem Hunderte von Patenten auf gentechnisch veränderte Pflanzen. Im Jahr 2006 beispielsweise wurden Patente auf Salat und Sonnenblumen erteilt. Gleichzeitig stellen Lebensmittelkonzerne und Zuchtunternehmen immer häufiger Anträge auf Patenterteilung: Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Anzahl der Anmeldungen von zuvor durchschnittlich 20 auf 44. Die entsprechende EU-Patentrichtlinie ist aus Sicht des Bündnisses gegen die Saat- und Tier-Patentierung nicht eindeutig. Denn sie verbietet zwar Patente auf „im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren“. Gleichzeitig erlaubt sie aber Patente, wenn das Verfahren nicht „vollständig auf natürlichen Phänomenen wie Kreuzung oder Selektion beruht“. Kommt also wie im Fall des Brokkoli eine Gen-Diagnose hinzu, können auch konventionelle züchterische Verfahren zum Gegenstand von Patenten werden.

### **Konzerne bringen Bauern mit Saatgut-Lizenzgebühren in Abhängigkeit**

Beispiele dafür gibt es bereits: Der Gentechnik-Konzern Monsanto beansprucht das Patent auf das Leptin-Gen von Schweinen aus konventioneller Züchtung. Damit könnte das Unternehmen von Schweinehaltern Lizenzgebühren verlan-

gen. In Indien wurden tausende Bauern in den Ruin getrieben, weil sie die Gebühren für genmanipulierte Baumwolle nicht bezahlen konnten. Für Landwirte weltweit würde eine positive Grundsatzentscheidung des EPA zur Patentierung von Saatgut de facto eine Enteignung bedeuten. Denn sie dürften dann nicht mehr einen Teil ihrer Ernte als Saatgut zurückbehalten. Derzeit verwendet der Großteil der weltweit 1,5 Milliarden Bauern eigenes Saatgut. Nach Angaben von Greenpeace handeln die Konzerne außerdem verstärkt mit Saatgut, das nicht nachgezüchtet werden kann oder darf. Das bringe die Bauern immer weiter unter die Kontrolle und in die Abhängigkeit von Großkonzernen. Nach einer Studie der kanadischen Wissenschaftlerinitiative ETC Group ist rund die Hälfte des Saatguthandels derzeit in den Händen von zehn Unternehmen. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Bündnis „No Patents on Seeds“, c/o Gesellschaft für Umwelt und Sozialbildung (GUSB), Schäferkampsallee 61, 20357 Hamburg  
Tel. 040 / 416207-50, Fax -77  
eMail: soeren.janssen@gusb.de  
www.no-patents-on-seeds.org

ETC Group (Erosion, Technology and Concentration), 431 Gilmour St, 2nd Floor, Ottawa, ON K2P 0R5, Canada  
Tel. 001 613 / 241-2267, Fax -2506  
etc@etcgroup.org  
Studie: ETC Group (ed.), „Global Seed Industry Concentration“  
www.etcgroup.org/en/materials/publications.html?id=48

Europäisches Patentamt (EPA), Erhardtstr. 27, 80469 München  
www.european-patent-office.org

## **Kulturpflanzenvielfalt soll Gemeingut bleiben**

### **3. Europäisches Seminar im Mai in Halle/Saale**

Die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, die Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit und das Europäische BürgerInnenforum laden am 19. und 20. Mai nach Halle ein, um über Kulturpflanzen in Europa zu diskutieren. Mit dem 3. Europäischen Seminar wollen die Organisatoren die Zusammenarbeit für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt als Gemeingut verstärken. Die Seminare davor kamen auf Initiative des französischen Netzwerkes für bäuerliches Saatgut, dem „réseau de semences paysannes“ sowie von „Red de Semillas Resembrando e Intercambiando“ in Spanien zustande. In ihrer Folge entstand ein reger Austausch zwischen den Organisationen der süd- und westeuropäischen Länder.

Die Entscheidung für Deutschland als Seminarort geht darauf zurück, dass das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) im vergangenen Jahr auf einem Feld nahe einer Genbank-Freifläche genmanipulierten Weizen ausgesät hatte (DRB 10.06, 12.06, 04.07).

### **80 Prozent der Kulturpflanzen verloren**

Nach Angaben des Europäischen Bürgerforums sind in Europa 80 Prozent der Kulturpflanzen im letzten Jahrhundert verschwunden. Aber erst seit wenigen Jahren entstanden in verschiedenen Ländern Initiativen, die diese Entwicklung aufhalten wollen. Zwar sei weltweit das Bewusstsein für die Bedeutung der Biodiversität gewachsen, aber es gebe auch konträre Interessen: Einerseits kämpften Bäuerinnen und Bauern um das Recht, ihr traditionelles Saatgut erhalten und aussäen zu können. Auf der anderen Seite versuchten die Saatgutkonzerne die Pflanzen unter ihre Kontrolle zu bringen, um Monopole auf dem Saatgutmarkt zu erobern. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Europäisches Bürgerforum, Jürgen Holzapfel, Hof Ulenkrug, Stubbendorf 68, 17159 Dargun  
Tel. 039959 / 23881  
eMail: ulenkrug@t-online.de  
www.forumcivique.org

## **EU-Strategie Biotechnologie auf dem Prüfstand**

### **FoEE-Studie: Gentechnik**

#### **sozioökonomisch nicht erfolgreich**

Friends of The Earth Europe (FoEE) haben im März eine Studie vorgelegt, die die sozioökonomischen Folgen der Agro-Gentechnik mit denen des Biolandbaus vergleicht. Demnach hat eine umweltfreundliche Form der Landwirtschaft wie der Ökolandbau positive Effekte wie stärkeren sozialen Zusammenhalt, Wachstum und Arbeitsplätze. Hingegen schaffen laut Studie Unternehmen, die gentechnisch verändertes Saatgut und -Nahrungsmittel entwickeln, keine Jobs, leisten wenig Investitionen und erzielen zu wenig Gewinne.

### **Kritik: Öffentlichkeit wird zu wenig informiert**

Der Bericht kritisiert außerdem den Mangel an offiziellen Daten über Erfolge und Misserfolge der Gentechnik in der Landwirtschaft, die Vernachlässigung umweltfreundlicher Landwirtschaft zu Gunsten von Gentechnik-Saatgut und den zu erwartenden wirtschaftlichen Schaden für den Biolandbau durch gentechnische Kontaminationen.

Die Studie wurde drei Monate vor dem Treffen des EU-Ministerrats Wettbewerb veröffentlicht. Ende Juni steht dort die Halbzeitüberprüfung der EU-Strategie Biotechnologie auf der Tagesordnung, bei der auch neue Ziele für die Entwicklung der Gentechnik festgelegt werden sollen. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Gentechnikexpertin Helen Holder, Rue  
Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5420180  
eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

FoEE-Studie „The EU's Biotechnology Strategy: mid-term review or mid-life crisis?“ (PDF, 36 S., 2,1 MB):  
[www.foeeurope.org/publications/2007/FoEE\\_biotech\\_MTR\\_midlifecrisis\\_March07.pdf](http://www.foeeurope.org/publications/2007/FoEE_biotech_MTR_midlifecrisis_March07.pdf)

EU-Biotechnologie-Strategie (PDF, 56 S., 2,7 MB):  
[www.ec.europa.eu/biotechnology/pdf/com2002-27\\_de.pdf](http://www.ec.europa.eu/biotechnology/pdf/com2002-27_de.pdf)

## **EU-Parlament verschiebt Abstimmung zum Ökolandbau**

### **Verordnung würde 0,9 Prozent**

#### **Gentechnik in Bionahrung erlauben**

Das Europäische Parlament hat Ende März die Abstimmung über die Novelle zur EU-Ökolandbau-Verordnung verschoben. Die Parlamentarier/innen verwiesen den Gesetzentwurf in den Landwirtschaftsausschuss zurück, um weiter über Möglichkeiten zu verhandeln, die zulässige Menge an gentechnisch veränderten Organismen in Ökoprodukten zu begrenzen. Der bisherige Vorschlag ▼ sieht vor, dass in ökologisch erzeugten Lebensmitteln bis zu 0,9 Prozent gentechnisch veränderte Organismen (GVO) erlaubt sind. Außerdem soll zur Kennzeichnung von Bioprodukten ein EU-weites Ökosiegel eingeführt werden.

### **Umweltverbände appellieren:**

#### **Bioprodukte vor Gentechnik schützen**

Zahlreiche europäische Umweltorganisationen hatten die Abgeordneten vor der Sitzung aufgefordert, den Ökolandbau vor gentechnischer Kontamination zu schützen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) verwies auf die Mehrheit der Bürger/innen in der EU, die laut Meinungsumfragen von Eurobarometer in den vergangenen zehn Jahren genmanipuliertes Essen ablehnen. Die Neuregelung würde gegen die Wahlfreiheit der Verbraucher/innen verstoßen, kritisierte Greenpeace. Nicht die Konsumenten, sondern Großkonzerne würden dann bestimmen, was die Menschen essen. Friends of the Earth Europe (FoEE) befürchten, dass der Marktanteil von biologischen Nahrungsmitteln zunichte gemacht wird, wenn die Verordnung in ihrer jetzigen Form beschlossen würde. Der Ökolandbau sei der einzige Agrarsektor, der wachse, so FoEE. Zum Schutz vor gentechnischer Verunreinigung seien strenge Gesetze notwendig. (mbu) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Gentechnikexpertin Helen Holder, Rue  
Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5420180  
eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

## **Newsticker**

### **EU-Kommission erteilt Zulassung für gentechnisch veränderten Raps**

Die EU-Kommission hat Ende März die Einfuhr und Verwendung von drei genmanipulierten Rapsorten als Tierfutter genehmigt. Die Ölrapsorten Ms8, Rf3 und Ms8xRf3 vom Bayer-Konzern dürfen allerdings nicht in der EU angebaut oder als Lebensmittel verwendet werden. Zum sechsten Mal seit 2001 genehmigte die Kommission damit den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen. Der EU-Agrarministerrat hatte vergangenen Herbst keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Genehmigung erreicht. Deswegen ging das Verfahren zurück an die Kommission. Grundlage für die Entscheidung der Kommission war, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die drei Ölrapsorten als sicher einstufte. (mbu)

● Europäische Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Brüssel, Tel. 0032 2 / 2968245, eMail: [sanco-mailbox@cec.eu](mailto:sanco-mailbox@cec.eu), [www.ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/dgs/health_consumer/index_de.htm)

■

### Rotterdam-Konvention soll weitere Stoffe verbieten

#### Komitee schlägt Einbeziehung von Endosulfan und Tributylzinn vor

Das globale Expertengremium „Chemical Review Committee“ (CRC) hat Ende März auf seiner Tagung in Rom die Aufnahme neuer Chemikalien in die Rotterdamer Konvention beraten. Die 32 Expert/innen wollen der 2008 tagenden Vertragsstaatenkonferenz vorschlagen, Endosulfan (Pestizid) und Tributylzinn (Biozid, Antifouling-Anstrich bei Schiffen) in die Konvention aufzunehmen. Endosulfan wird häufig im Baumwollanbau zur Tötung von Insekten eingesetzt. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) fordert ein weltweites Verbot, da es bei der Verwendung häufig zu Vergiftungen kommt. Tributylzinn (TBT), das 2003 von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation IMO in Schiffsfarben verboten worden ist, ist giftig für Meereslebewesen und kann zu Unfruchtbarkeit führen.

#### Langwierige Entscheidungsprozedur

Bei der Tagung im nächsten Jahr soll über weitere Chemikalien entschieden werden, die unter das so genannte PIC-Verfahren („Prior Informed Consent“) fallen. Das PIC-Verfahren regelt, dass unter die Rotterdamer-Konvention fallende Chemikalien nur nach vorheriger Information über Gefahren und nur nach Zustimmung der Zielländer exportiert werden dürfen. Das CRC berät darüber, ob Chemikalien den Kriterien der Rotterdamer-Konvention entsprechen oder nicht und legt den Vertragsstaaten entsprechende Empfehlungen vor.

Über die Stoffe Benzidin (Krebs erregend), Endrin (starkes Nervengift), Methamidophos (sehr giftig, wassergefährdend) und Mirex (giftig, schwer abbaubar) soll im nächsten Jahr beraten werden. Weitere 160 Stoffe stehen noch auf der Warteliste, allerdings ist aufgrund der langwierigen Entscheidungsprozeduren nicht absehbar, wann sie unter die 2004 in Kraft getretene Rotterdamer Konvention fallen könnten. Zurzeit unterliegen 39 Chemikalien dem Rotterdamer Übereinkommen. Die 4. Vertragsstaatenkonferenz soll vom 20. bis 25. Oktober 2008 in Rom stattfinden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily 27.03.07, Pestizid-Brief März/April 2007, [www.pic.int](http://www.pic.int)

### 144 Pestizid-Grenzwerte möglicherweise zu hoch

#### EU-Lebensmittelbehörde EFSA warnt vor Gesundheitsrisiken

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Parma hat ein Gutachten über die möglichen Gesundheitsrisiken bei bestimmten vorgeschlagenen Rückstandswerten für Pestizide in Futter- und Lebensmitteln veröffentlicht. In den einzelnen Mitgliedstaaten gelten nationale Rückstandsmengen - diese sollen EU-weit harmonisiert werden. Das Gutachten ist ein erster Schritt zu einer europaweiten Festlegung von Grenzwerten für diese Rückstände in Futter- und Lebensmitteln. Der Risikobewertung zufolge stellen nur 92 der 236 Wirkstoffe wahrscheinlich keine Gefahr für Verbraucher/innen dar. Bei den restlichen 144 Substanzen konnte ein potenzielles Risiko durch die erste Untersuchung nicht ausgeschlossen werden.

Die EFSA führte Modellberechnungen durch, um die Menge an giftigen Pestiziden abzuschätzen, die die europäischen Verbraucher/innen aufnehmen. Denn die Ernährungsgewohnheiten innerhalb Europas sind verschieden. Was in dem einen Land als unbedenklich eingeschätzt wird, kann in einem anderen wegen der anderen Esskultur zu Gefährdungen führen.

Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission müssen nun weitere Untersuchungen dieser Substanzen im Hinblick auf die Festlegung vorläufiger Rückstandswerte (Maximum Residue Levels, MRL) bzw. die durchschnittlich tolerierbare Giftmenge durchführen. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), Largo N. Palli 5/A, I-43100 Parma, Italien  
Tel. 0039 521 / 0361-11, Fax -10  
eMail: [info@efsa.europa.eu](mailto:info@efsa.europa.eu)

Gutachten mit Anhängen:  
[www.efsa.europa.eu/de/science/praper/maximum\\_residue\\_levels/mrl\\_opinion.html](http://www.efsa.europa.eu/de/science/praper/maximum_residue_levels/mrl_opinion.html)

### Kandidaten für REACH-Aufsichtsgremium benannt

#### EU-Parlament schlägt Verwaltungsrat für neue Chemikalienagentur ECHA vor

Mitte April hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments drei Kandidaten zur Wahl in das Verwaltungsgremium der neuen Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) vorgeschlagen. Dieses Gremium wird 32 Mitglieder haben, die den oder die ECHA-Geschäftsführer/in benennen, und den Haushalts- und Arbeitsplan bestimmen. Es soll vor dem Startschuss der offiziellen Agenturarbeit im Juni 2008 besetzt sein. Das Plenum wird zwei der drei vorgeschlagenen Kandidaten wählen. Zur Wahl stehen:

- Bernd Lange, von 1994 bis 2004 Europaabgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion,
- Alexander de Roo, EU-Abgeordneter der Grünen-Fraktion, sowie
- Ake Bergmann, Chemieprofessor an der Stockholmer Universität.

Eine vierte Kandidatin, Julia Fentem von Unilever, hatte vor der Anhörung ihre Kandidatur zurückgezogen.

#### Besetzung des Gremiums durch Mitgliedstaaten und EU-Kommission

Auch die 27 Mitgliedstaaten werden jeweils eine Person benennen. Die restlichen drei Posten werden von der EU-Kommission besetzt, vermutlich mit jeweils einer Vertreter/in von Industrie, Arbeitnehmer/innen und Nichtregierungsorganisationen. Diese drei Personen werden allerdings kein Stimmrecht haben. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily 12.04.07

## Newsticker

### EP-Umweltausschuss für verbindliche Ziele zur Pestizidreduzierung

Zahlreiche Mitglieder des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments (EP) haben die Vorschläge der Slowakin Irena Belohorska für eine umweltfreundlichere Pestizidstrategie der EU unterstützt. Die Abgeordneten beschlossen im April, die Mitgliedstaaten zur Einführung verbindlicher Ziele zur Pestizidreduzierung zu drängen. Ohne solche Ziele würde die Strategie nicht dazu führen, dass die Mitgliedstaaten die Pestizidmenge senkten, heißt es in dem Resolutionsentwurf von Belohorska. Sie befürchtet im Gegenteil, dass manche Länder die Anwendung von Pestiziden sogar noch steigern würden. So gibt es beispielsweise von deutscher Seite Pläne, das Verbot des Besprühens von Feldern aus der Luft abzuschwächen. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 11.04.2007

### Biozide: Frankreich und Polen dürfen drei Substanzen länger nutzen

Frankreich und Polen dürfen drei Biozide, die im September EU-weit verboten worden sind, noch länger nutzen. Frankreich darf Temephos (Insektizid, Meeresschadstoff, schädlich für Bienen) bis März 2009 und Ammoniak als Biozid in der Veterinärhygiene bis Mai 2008 weiterverwenden. Polen bekam die Erlaubnis, das Holzschutzmittel Cyfluthrin (sehr wasserschädlich) bis September 2007 zu nutzen. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily, 16.04.07

### Quecksilber: Gemeinsamer Standpunkt des EU-Ministerrats vermeidet Verbote

Mitte April haben die EU-Minister/innen für Justiz und Inneres einen Gemeinsamen Standpunkt ▼ zur „Änderung der Richtlinie 76/769/EWG zur Beschränkung des Inverkehrbringens bestimmter quecksilberhaltiger Messinstrumente“ beschlossen. Die Minister/innen forderten die EU-Kommission zwar auf, einen Bericht über Alternativen für Quecksilber in medizinischen Messgeräten vorzulegen, vermieden aber ein Verbot von Quecksilber in neuen Produkten wie Blutdruckmessgeräten. In der „Null-Quecksilber-Kampagne“ zusammengeschlossene Umweltverbände kritisierten, dass sich der Ministerrat um ein Verbot „herumgedrückt“ habe, obwohl es bereits Alternativen auf dem Markt gebe. Auch bei der Herstellung von Barometern soll noch zwei Jahre länger die Nutzung von Quecksilber erlaubt sein. Die Umweltver-

bände bezeichneten dies als „absolut unverantwortlich“, zumal bei Barometern rund tausendmal soviel Quecksilber wie bei Thermometern genutzt werde. Schon das Parlament hatte in diesem Punkt den Vorschlag ▼ der EU-Kommission abgeschwächt (EUR 06.12/07.01, S. 23). Der Gemeinsame Standpunkt des Rates muss nun in einer zweiten Lesung im EU-Parlament debattiert werden. (jg)

Quelle: www.zeromercury.org 20.04.07

### Dauergifte: EU-Kommission legt POP-Umsetzungsplan vor

Die Europäische Kommission hat einen Umsetzungsplan für die Stockholm-Konvention vorgelegt, die weltweit die Herstellung und Verwendung von langlebigen organischen Schadstoffen (persistent organic pollutants, POP) verbietet. Das Dokument beinhaltet Vorschläge zur Erweiterung der Pestizid- und Biozid-Gesetzgebung der EU und möglicherweise der EU-Abfallverbrennungs- und der IVU-Richtlinie (zur Integrierten Verminderung und Vermeidung von Umweltverschmutzung). Es werden die bereits vorhandenen Gesetzgebungen bilanziert und 32 weitere Maßnahmen beschrieben, die für eine Umsetzung der POP-Konvention nötig sind. Im weiteren Verlauf des Jahres soll ein zweites Papier veröffentlicht werden, in dem die für die Umsetzung wichtigsten politischen Schritte benannt sind. Die EU-Kommission stellt zwar fest, dass viele Forderungen der POP-Konvention bereits in den geltenden Gesetzen erfüllt sind, dass die EU aber in jedem Falle ihre Pestizid- und Biozid-Gesetze anpassen müsse. Sie schlägt daher Erweiterungen vor. Bis Ende 2008 will die EU-Kommission außerdem Vorschläge für POP-Grenzwerte in Abfällen vorlegen, ab deren Überschreitung der Abfall als „gefährlich“ gelten soll. Innerhalb der Überprüfung der IVU-Richtlinie soll darüber hinaus eine Einbeziehung von kleineren Verbrennungsanlagen untersucht werden. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 27.03.07

Umsetzungsplan der EU-Kommission: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st07/st07356.en07.pdf>

### Neue allgemeine Leitlinien für die IVU-Richtlinie veröffentlicht

Neue Leitlinien sollen der Industrie und den Behörden dabei helfen, die Schlüsselemente in der Richtlinie zur Integrierten Verminderung und Vermeidung von Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) einheitlicher auszulegen. Die Generaldirektion

Umwelt der EU-Kommission hat in dem informellen Papier dargelegt, was sie unter Begriffen wie „Anlage“ oder „Kapazität“ versteht. Letzteres ist eine wichtige Kenngröße, um festzustellen, ob eine Anlage unter die IVU-Richtlinie fällt oder nicht. Die Leitlinien wurden erarbeitet, weil es immer mehr Fragen aus Mitgliedstaaten und von Interessengruppen gab. Die Frist zur Umsetzung der IVU-Richtlinie ist der 30. Oktober 2007. Bis dahin müssen die Mitgliedstaaten unter anderem Behörden zur Zulassung von Anlagen eingerichtet haben, die auch die Einhaltung der besten verfügbaren Techniken (BAT) für den Umweltschutz durchsetzen sollen. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily, 16.04.07  
Allgemeine IVU-Leitlinien:  
[www.ec.europa.eu/environment/ipcc/general\\_guidance.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/ipcc/general_guidance.htm)

### Vermeidung der Meeresverschmutzung durch Schiffe ohne Priorität

Nur drei der 27 Mitgliedstaaten haben die Frist (30. März) zur Umsetzung der Richtlinie über Sanktionen für Meeresverschmutzung eingehalten. Lediglich Belgien, Deutschland und Schweden haben die Regelungen voll oder teilweise in nationales Recht umgesetzt. Danach stellt Meeresverschmutzung durch Schiffe einen Rechtsverstoß dar. Sanktionen gelten für jede Person, die eine unzulässige Verschmutzung vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeiführt oder dazu beiträgt. (jg)

ENDS Europe Daily, 04.04.07

### Bisherige Risikobewertungsmethoden der EU nicht für Nanotech geeignet

Der wissenschaftliche Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) hat gewarnt, dass die bisher für die Beurteilung von Chemikalien verwendeten Risikobewertungsmethoden für nanotechnologische Produkte und Stoffe unzureichend seien. Es sei „unklar“, ob die Bewertungsmethoden ausreichen, potenzielle Umweltgefahren durch Nanotech-Produkte festzustellen. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 16.04.07  
SCENIHR-Position (PDF, 68 S., 370 kB): [www.ec.europa.eu/health/ph\\_risk/committees/04\\_scenihr/docs/scenihr\\_o\\_004c.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihr/docs/scenihr_o_004c.pdf)



## Gastbeitrag EURATOM: 50 Jahre sind genug!

Von Silva Herrmann, GLOBAL 2000

### Atomlobby versucht Comeback in Europa - EURATOM hilft kräftig mit

Schon 1950 begann die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Länder Europas wirtschaftlich und politisch zu vereinen. Ausdrückliches Ziel war es, dauerhaft Frieden in Europa zu schaffen. 1957 wird mit dem Vertrag von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der „Gemeinsame Markt“, geschaffen. 2007 feiert die Europäische Union deshalb ihr 50-jähriges Bestehen. Keinen Platz in den offiziellen Feierlichkeiten der EU-Kommission und der Regierungen der EU-Staaten fand allerdings ein zweiter, noch heute bestehender Vertrag: der Atomfördervertrag EURATOM. Beide Verträge zusammen werden als „Römische Verträge“ bezeichnet und sind die „Gründungsdokumente“ der heutigen Europäischen Union (EU).

### EURATOM finanziert den Atom-Aufstieg der EU

EURATOM finanzierte die Erforschung der Atomenergie und gewährte Milliarden von Euro als Kredite für die Errichtung oder Modernisierung von Atomkraftwerken. Als Resultat ist die EU heute der weltweit führende Erzeuger von Atomenergie. In den heute 27 EU-Staaten sind 152 Reaktoren in Betrieb. Die EU erzeugt damit fast ein Drittel ihres Strombedarfs, mehr als Nordamerika, Japan oder Russland.

Im Unterschied zu den anderen Gründungsverträgen der EU wurde EURATOM nie wesentlich verändert. Und im Gegensatz zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der im Juli 2002 - 50 Jahre nach Inkrafttreten - auslief, sieht der EURATOM-Vertrag kein Ablaufdatum vor.

### Absurde Politik gegen die öffentliche Meinung

Der EURATOM-Vertrag ist eine politische Absurdität. Als Folge der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl in der Ukraine haben viele Länder ihren Enthusiasmus für die Atomtechnologie verloren. Regelmäßig belegen EU-weite Umfragen, dass die öffentliche Meinung mehrheitlich gegen den Ausbau der Atomenergie ist. Einige Mitgliedstaaten haben den Ausstieg aus der

Atomenergie bereits vollzogen (z. B. Italien), haben damit begonnen (Deutschland, Belgien, Schweden, Deutschland, Spanien, Niederlande) oder sind nie in die Atomkraft eingestiegen (z. B. Österreich). Dennoch sind noch immer alle EU-Staaten Mitglieder einer Gemeinschaft, deren Ziel die „schnelle Bildung und Entwicklung der Nuklearindustrie“ ist.

### Forschungsförderprogramm verdoppelt Finanzen für Atomkraft

Nach Jahren des Niedergangs versucht die Atomlobby nun ein Comeback in Europa. Der EURATOM-Vertrag hilft dabei kräftig mit. 2007 verspricht ein gutes Jahr für EURATOM zu werden: das neue Forschungsförderprogramm unter EURATOM ist mehr als doppelt so hoch dotiert wie sein Vorgängerprogramm. Und endlich besteht wieder eine realistische Chance für die Finanzierung eines neuen Atomkraftwerks, nämlich für das AKW Belene in Bulgarien. Dabei handelt es sich um ein Schlüsselprojekt für die russische Industrie, die damit auf den europäischen Markt zurückkehren möchte. Außerdem könnte EURATOM neue Kompetenzen bekommen, etwa für die gemeinsamen AKW-Sicherheitsstandards der EU. Am Ende könnten damit, zur Freude der Betreiber, Genehmigungsprozeduren für neue AKW-Typen in der EU wesentlich erleichtert werden.

### EURATOM ist undemokratisch, widersprüchlich, rückwärtsgerichtet

Die Position von GLOBAL 2000<sup>1</sup> ist klar: EURATOM ein Relikt aus der Energiesteinzeit. Er ist undemokratisch, da das EU-Parlament keine Mitentscheidungskompetenz hat. Die europäische Bevölkerung steht der Atomenergie mehrheitlich kritisch gegenüber. Der EURATOM-Vertrag steht de facto im Widerspruch zu anderen EU-Vereinbarungen, insbesondere dem Energiebinnenmarkt und der Umweltgesetzgebung. Euratom widerspricht der Regel des gemeinsamen Energiemarkts mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Energieerzeugern und Energieträgern. Es gibt keinen Grund mehr für die exklusive Bevorzugung einer Energieform, die seit 50 Jahren keine Lösung für die chronischen Sicherheitsprobleme, die mangelnde Wirtschaftlichkeit und die ungeklärte Entsorgung des strahlenden Mülls gefunden hat.

<sup>1</sup> Die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 ist der österreichische Zweig des europäischen Umweltnetzwerks Friends of the Earth Europe (FoEE). Deutscher Zweig von FoEE ist der BUND.

### Einzelne Mitgliedstaaten können austreten

GLOBAL 2000 fordert daher die österreichische Bundesregierung dazu auf, das Ziel einer EURATOM-Vertragsstaaten-Konferenz entschieden zu verfolgen. Ziel muss es sein, dass EURATOM abgeschafft und nötige Bestimmungen, z. B. zu Gesundheit, Sicherheit oder Nichtverbreitung von Nuklearmaterial, in das EU-Vertragswerk übernommen werden. Alle die Atomkraft privilegierenden Regelungen müssen beendet werden. Mit sofortiger Wirkung muss es ein Moratorium geben, dass die Unterstützung für die Atomkraft durch EURATOM-Forschungsmittel und -Kredite aussetzt.

Scheitern diese Bemühungen in den nächsten Monaten, muss Österreich seinen Ausstieg aus EURATOM ankündigen. Wie mehrere Gutachten<sup>2</sup> der letzten Zeit belegen, hat jedes Mitgliedsland der EU die Möglichkeit, einseitig aus dem Euratom-Vertrag auszusteigen, ohne dass damit die Mitgliedschaft in der EU in Frage gestellt wird. Wir fordern die Bundesregierung auf, einseitig oder in Absprache mit anderen Mitgliedstaaten diesen Weg einzuschlagen, sollte sich der Weg einer Vertragsstaatenkonferenz als Sackgasse erweisen.

### 630.000 Unterschriften gegen Atomkraft

Um den Protest gegen den EURATOM-Vertrag zu verdeutlichen, überreichten europäische Anti-Atom-Organisationen, darunter GLOBAL 2000, zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung in Brüssel mehr als 630.000 Unterschriften mit der Forderung nach Abschaffung des EURATOM-Vertrages an EU-Energiekommissar Andris Piebalgs. ■

### • Weitere Informationen

GLOBAL 2000, Energierreferentin Silva Herrmann, Neustiftgasse 36, A-1070 Wien

Tel. 0043 1 / 81257-30, Fax -28

eMail: [silva.herrmann@global2000.at](mailto:silva.herrmann@global2000.at)

[www.global2000.at](http://www.global2000.at)

<sup>2</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf das von der Bundestagsfraktion der deutschen Grünen in Auftrag gegebene EURATOM-Gutachten von Prof. Wegener von der Universität Erlangen-Nürnberg.

## IPCC-Klimabericht zeichnet düsteres Szenario

Von Markus Steigenberger, DNR EU-Koordination

### Teil zwei mit „Zusammenfassung für Entscheidungsträger“ veröffentlicht

In dem zweiten Teil seines Klimaberichts beschäftigt sich das IPCC<sup>1</sup>, die höchste wissenschaftliche Autorität in Klimafragen, mit den Folgen des Klimawandels und notwendigen Anpassungsmaßnahmen. Die Anfang April veröffentlichte „Zusammenfassung für Entscheidungsträger“<sup>2</sup> ergänzt den ersten Teil, der sich mit den wissenschaftlichen Hintergründen des Klimawandels beschäftigte. Ein dritter Teil erscheint Anfang Mai, der vollständige Bericht wird voraussichtlich im Herbst veröffentlicht.

### Dramatische Folgen des Klimawandels

Im zweiten Teil ihres Berichts lassen die Wissenschaftler des IPCC keinen Zweifel an der Dramatik der Situation. Viele Auswirkungen des Klimawandels seien heute bereits spürbar, so der Vorsitzende Rajendra K. Pachauri. Häufig schreite die Entwicklung sogar noch schneller voran als das IPCC in seinem letzten Bericht vor fünf Jahren erwartet hatte. Ohne einschneidende Maßnahmen, die die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern könnten, sieht das IPCC u. a. die folgenden Konsequenzen:

- Das Risiko von Dürren und Fluten würde massiv ansteigen. Im Jahr 2050 könnten mehr als 1 Milliarde Menschen von Trinkwasserknappheit bedroht sein.
- In einigen Ländern würden die landwirtschaftlichen Erträge um bis zu 50 Prozent sinken.
- Die ärmsten Länder und Menschen werden am stärksten vom Klimawandel betroffen sein.
- 20 bis 30 Prozent der Tier- und Pflanzenarten weltweit würden vom Aussterben bedroht sein, wenn die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 bis 2,5 Grad Celsius ansteigt.

- In Europa werden die Auswirkungen je nach Region unterschiedlich sein - aber fast alle werden negativ sein: Dürren und Hitzewellen im Süden, Fluten und Erosion in Zentraleuropa, Wasserknappheit in östlichen Regionen, sowie Gletscher- und Schneeschmelze, gesundheitliche Folgen und massiver Verlust von Tier- und Pflanzenarten werden erwartet.

- In Afrika könnten bis zu 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden, die landwirtschaftliche Anbaufläche würde sich deutlich verringern, stark bevölkerte Küstenregionen würden durch den steigenden Meeresspiegel bedroht. Die Kosten für die Anpassung könnten 5-10 Prozent des afrikanischen Bruttosozialprodukts ausmachen.

### Politischer Streit um wissenschaftliche Fakten

Sehr zum Leidwesen der Wissenschaftler waren die konkreten Formulierungen des Berichts bis zur letzten Minute umstritten. Die Meinungsverschiedenheiten traten allerdings nicht zwischen den Forschern auf, sondern zwischen den Regierungen, die den Text letztendlich abstimmen. Vor allem die Vertreter der USA, Saudi-Arabiens, Chinas und Russlands versuchten beharrlich bestimmte Formulierungen abzuschwächen. Dazu zählten etwa die Aussagen, dass die Ökosysteme auf allen Kontinenten „mit sehr hoher Gewissheit“ vom Klimawandel bedroht seien oder dass „ungefähr 20-30 Prozent der Tier- und Pflanzenarten“ vom Aussterben bedroht seien, falls die globale Durchschnittstemperatur um 1,5 bis 2 Grad Celsius steigt.

Eine solche Einmischung der Politik ist nicht ungewöhnlich. Denn der Bericht wird zwar von Wissenschaftlern geschrieben, das Gremium selbst ist aber ein zwischenstaatliches - und somit entscheiden die Politiker abschließend über die einzelnen Formulierungen. Allerdings gibt es auch hier Grenzen. Während die Politiker zwar einzelne Passagen streichen oder Ergänzungen einfügen können, dürfen sie nach den Statuten des IPCC keine Werturteile der Wissenschaftler verändern. So mancher Änderungsvorschlag der USA oder Saudi-Arabiens erntete daher auch massiven Protest der versammelten Forschergemeinde.

### Industrie-Einflussnahme nicht ungewöhnlich

Auf ganz andere Art und Weise versuchten sich bereits im Vorfeld einige Unternehmen in den Prozess einzumischen. Anfang des Jahres wurde bekannt, dass das „American Enterprise Institute“ bis zu 10.000 US-Dollar plus Spesen als Prämie an diejenigen Wissenschaftler zahlen wollte, die den IPCC-Bericht anzweifeln würden. Hinter dem Institut steht der Mineralölkonzern Exxon, der bereits in der Vergangenheit durch ähnliche Versuche, Fortschritte beim Klimaschutz zu unterminieren, aufgefallen ist. ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring, Markus Steigenberger, Leiter EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Te. 030 / 443391-86, Fax -80  
eMail: markus.steigenberger@dnr.de  
www.eu-koordination.de

IPCC-Bericht Teil zwei in der „Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger“ (engl.):  
www.ipcc-wg2.org

1 Intergovernmental Panel on Climate Change.

2 „Summary for Policy Makers“, www.ipcc-wg2.org

## EU will Emissionshandel auch für Schifffahrt einführen

### Europäische Kommission reagiert auf Untätigkeit der IMO

Die EU plant, den Schiffsverkehr in das Europäische Emissionshandelssystem einzubeziehen. Zu diesem Schritt habe sich die Europäische Kommission entschlossen nachdem Verhandlungen über ein globales Abkommen bei der Internationalen Meeresorganisation (IMO) keine wesentlichen Fortschritte gebracht haben, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

### Analogie zum Flugverkehr

Die Schifffahrt ist ebenso wie der Luftverkehr aus von den im Kyoto-Protokoll vereinbarten Emissionsreduktionen ausgenommen. Der von der Kommission angekündigte Richtlinienvorschlag ▼ soll analog zu der Situation beim Flugverkehr ausgestaltet werden. Damit würde es sich um eine Ergänzungsrichtlinie zu der bestehenden Emissionshandelsrichtlinie handeln (vgl. KOM/2006/818).

### Umweltbündnis fordert zusätzliche Maßnahmen

Die European Federation for Transport and Environment (T&E) begrüßte die Initiative der Kommission, zumal der Schiffsverkehr der Sektor mit den am zweitstärksten wachsenden Emissionen sei. T&E wies aber gleichzeitig darauf hin, dass eine Einbeziehung in das bestehende Emissionshandelssystem kaum Auswirkungen haben würde, wenn nicht zusätzliche Maßnahmen ergriffen würden. Hafengebühren oder Steuern auf Treibstoff seien hier denkbar. Außerdem müsse bedacht werden, dass Schiffsmotoren nicht nur CO<sub>2</sub> sondern auch zahlreiche andere giftige Stoffe wie etwa Schwefeloxid ausstoßen würden. Auch hierbei habe die IMO versagt, weshalb die EU selbst tätig werden müsse. (ms) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission: Die Politik der EU zu Schiffsemissionen (engl.)  
[www.ec.europa.eu/environment/air/transport.htm#3](http://www.ec.europa.eu/environment/air/transport.htm#3)

European Federation for Transport and Environment (T&E), Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5029909  
eMail: [info@t-e.eu](mailto:info@t-e.eu)  
[www.transportenvironment.org/Article398.html](http://www.transportenvironment.org/Article398.html)

## Wirtschaftswachstum lässt CO<sub>2</sub>-Emissionen ansteigen

### Deutschland: Plus 0,6 Prozent

Die deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen sind nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) im Jahr 2006 erstmals seit einigen Jahren wieder angestiegen, und zwar um 0,6 Prozent. Als Hauptgrund machte das UBA das vergleichsmäßig kräftige Wirtschaftswachstum aus, das auch durch den Zuwachs an erneuerbaren Energien nicht ausgeglichen werden konnte. UBA-Präsident Andreas Troge forderte daher größere Anstrengungen von der Regierung, um die nationalen Klimaziele einzuhalten.

### Großbritannien: Plus 1,2 Prozent

Allerdings waren die Deutschen nicht die einzigen, deren Emissionen in 2006 wieder anstiegen. Auch Großbritannien, das oft als Musterschüler in Sachen Klimaschutz gesehen wird, musste 1,2 Prozent höhere Emissionen vermelden.

### EU: Plus 1 bis 1,5 Prozent

Gleichzeitig meldete die Europäische Kommission, dass in der gesamten EU die Emissionen von Industrieanlagen, die in den Emissionshandel einbezogen sind, ebenfalls gestiegen sind. Die Kommission sprach von einem „leichten“ Anstieg um 1-1,5 Prozent. Damit entfernt sich die EU noch weiter von ihrem Ziel, die eigenen Emissionen um 8 Prozent gegenüber 1990 zu senken, zu dem sie sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet hat. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Presseinformation des UBA:  
[www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pd07-016.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pd07-016.htm)

## Debatte über Umsetzung des Energiepakets

### EU-Kommission: Wie weiter nach dem 9. März?

Die EU-Kommission diskutiert derzeit, wie die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Energiepolitik in konkrete gesetzliche Regelungen überführt werden können.

### Ziele für Erneuerbare müssen unter Mitgliedstaaten aufgeteilt werden

Der Europäische Rat hatte auf seinem Gipfeltreffen am 8./9. März ein „Energiepaket“ beschlossen, mit dem auf den Klimawandel und die Abhängigkeit von Energieimporten aus Nicht-EU-Staaten reagiert werden soll. Danach soll die EU bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent erhöhen. Ungeklärt blieb jedoch, welcher Mitgliedstaat welche Leistungen dafür erbringen muss („burden sharing“). Diese Frage will die Kommission bis zum Ende des Jahres klären und einen Richtlinienvorschlag ▼ präsentieren. Verstößt ein Staat gegen seine Ziele, so will sich die Kommission vorbehalten, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, meinte ein zuständiger Beamter. Je näher das Jahr 2020 rückt, umso stärker solle dieses Instrument eingesetzt werden.

### Mitbestimmung des Parlaments unsicher

Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist die rechtliche Grundlage, auf der der Vorschlag verhandelt werden soll. Die Kommission bevorzugt nach eigener Aussage Art. 95 EGV oder Art. 175(1) EGV. Damit würde das Verfahren der Mitbestimmung ▼ angewendet, das dem Europäischen Parlament umfassende Mitwirkungsmöglichkeiten einräumt. Sollte dagegen Art. 175(2) angewendet werden, fielen der Gesetzgebungsprozess unter das Anhörungsverfahren, das die letztgültige Entscheidungsfindung dem Rat und damit den Energieministern der Mitgliedstaaten überlässt. Art. 175(2) benennt explizit „Maßnahmen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren.“

### Entflechtung der Energiemärkte

Die Kommission strebt weiterhin eine vollständige Entflechtung der Energiemärkte, d. h. eine Trennung der Verteilungsstrukturen von der Produktion, an. Von Seiten der Mitgliedstaaten - besonders von Frankreich und Deutschland - gibt es

deutlichen Widerstand gegen diesen Vorschlag. Sie bevorzugen Lösungen ohne eigentumsrechtliche Eingriffe. Die zuständige EU-Wettbewerbskommissarin Nelly Kroes hält jeden anderen Weg allerdings für ineffizient und bürokratisch. Sie will im Sommer einen Vorschlag für das weitere Vorgehen präsentieren.

#### Weiterer Zeitplan

Das „Energiepaket“, das der EU-Minister rat am 9. März verabschiedet hat, enthält weitere Politikfelder und Zielvorgaben. Die Kommission will noch in diesem Jahr eine Reihe von konkreten Gesetzesvorschläge vorlegen:

- Juli bis September: Paket zur Liberalisierung der Energiemärkte
- September: Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems
- November: Strategischer Technologieplan Energie
- Ende 2007: Vorschlag ▼ für eine Verteilung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele (20 % bis 2020) unter den Mitgliedstaaten („burden sharing“)
- Ende 2007: Richtlinienvorschlag Erneuerbare Energien.

(ms) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: European Voice, 22.-28. März 2007

### Newsticker

#### Norwegen will 2050 CO<sub>2</sub>-frei sein

Der norwegische Premierminister Jens Stoltenberg erklärte Ende April, dass sein Land bis 2050 CO<sub>2</sub>-frei wirtschaften wolle. Die Emissionen sollen allerdings vorwiegend über CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Lagerung in ausgedienten Ölfeldern in der Nordsee sowie zugekaufte Emissionszertifikate aus Entwicklungsländern erreicht werden. (ms) [www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,478545,00.html](http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,478545,00.html)

#### UN-Sicherheitsrat diskutiert über Klimawandel - Ban plant Sondergipfel

Auf Antrag Großbritanniens hat sich der UN-Sicherheitsrat erstmals in seiner Geschichte mit dem Klimawandel befasst. Die britische Regierung wollte damit ihre Auffassung verdeutlichen, dass der Klimawandel auch eine Frage der globalen Sicherheit sei. Während einige Staaten sich dieser Sichtweise anschlossen, hielten andere Staaten, wie etwa China, den Sicherheitsrat für das falsche Gremium. - UN-Generalsekretär Ban Ki-moon überlegt offenbar, im Jahr 2008 oder 2009 einen Klima-Sondergipfel einzuberufen. Genaueres wolle er nach dem G8-Gipfel mitteilen, sagte er der Financial Times. (ms) [Quelle: www.un.org/News/Press/docs/2007/sc9000.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2007/sc9000.doc.htm)

#### Finnland plant weiteres AKW

Die finnischen Energiefirmen Fortum und TVO haben Pläne für den Bau eines neuen Atomkraftwerks - des sechsten in Finnland - bekannt gegeben. Mit dem Planungsprozess sei bereits begonnen worden, so TVO. Wenn möglich, solle das neue Werk 2017 ans Netz gehen. Seit einigen Jahren sorgt der umstrittene Bau des fünften finnischen AKW in Olkiluoto für Proteste von Umweltgruppen. (ms) [Quelle: Pressemitteilung TVO www.tvo.fi/963.htm](http://www.tvo.fi/963.htm)

#### USA ab 2013 in EU-Emissionshandel?

Die kalifornische Regierung kann sich vorstellen, dass die USA ab 2013 am Europäischen Emissionshandel teilnimmt. Das sagte eine Mitarbeiterin von Gouverneur Arnold Schwarzenegger bei einem Besuch in Brüssel. Kalifornien ist derzeit gemeinsam mit anderen Bundesstaaten dabei, ein eigenes Emissionshandelssystem zu erarbeiten, um 2012 den Handel mit Emissionszertifikaten zu starten. Schwarzenegger gab Anweisung, dass das System unbedingt mit dem EU-System kompatibel

sein müsse. - Im Kongress in Washington wollen die oppositionellen Demokraten noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine ambitioniertere Klimapolitik der USA vorsieht. (ms) [Quelle: ENDS Europe Daily, 29.03.07](http://www.ends.europa.com)

#### EU-Parlament setzt Klimaausschuss ein

Das Europäische Parlament will sich mit einem neu eingesetzten Klimaausschuss stärker in die Debatte über den Klimaschutz einbringen. Das 60-köpfige Gremium soll die aktuellen politischen und wissenschaftlichen Entwicklungen begleiten, Kosten des Klimawandels und des Nichtstuns analysieren, Möglichkeiten zur Vermeidung und zur Anpassung eruieren, die Umsetzung entsprechender EU-Gesetzgebung überwachen und den Dialog mit nationalen Parlamenten und anderen Partnern intensivieren. (ms)

● André Riche, Tel. 0032 2 / 2840992, eMail: [envi-press@europarl.europa.eu](mailto:envi-press@europarl.europa.eu) [Pressemitteilung des EU-Parlaments: www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-5463-109-04-16-911-20070419IPR05456-19-04-2007-2007-false/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-5463-109-04-16-911-20070419IPR05456-19-04-2007-2007-false/default_en.htm)

#### EU-Kommission für strikte Liberalisierung der Energiemärkte

Die EU-Kommission fordert eine vollständige Liberalisierung der Energiemärkte. Versuchen einiger Mitgliedstaaten und Energieunternehmen eine abgeschwächte Variante durchzusetzen erteilte Energiekommissar Andris Piebalgs eine deutliche Absage. Auf einer Konferenz Ende April in Berlin sagte er, dass eine Entflechtung der Energieproduktion von den Verteilungsstrukturen im allgemeinen Interesse liege und sowohl notwendig als auch gerechtfertigt sei. Einige Mitgliedstaaten - darunter Deutschland, Frankreich und Spanien - sowie die großen europäischen Energiekonzerne hatten versucht, Piebalgs von ihrem Konzept regionaler Netzbetreiber zu überzeugen. Dabei sollten die Unternehmen ihre Netze zwar unter Aufsicht stellen, blieben ansonsten aber Eigentümer. Piebalgs lehnte diesen Ansatz ab. Die Kommission will voraussichtlich noch in diesem Jahr einen konkreten Richtlinienentwurf vorlegen. (ms)

Quelle: EU Observer, [www.euobserver.com/9/23924/?rk=1](http://www.euobserver.com/9/23924/?rk=1)

■

### LIFE+: 785 Millionen für Naturschutz

#### Umweltförderung: Rat und Parlament einigen sich im Vermittlungsausschuss

Am 28. März haben sich das Europäische Parlament und der EU-Umweltministerrat im Vermittlungsausschuss ▼ über LIFE+ geeinigt. Dem wichtigsten europäischen Umweltförderprogramm steht demnach für den Zeitraum 2007 bis 2013 ein Gesamtbudget von 1,95 Milliarden Euro zur Verfügung. Knapp die Hälfte davon, 785 Millionen Euro, soll für den Schutz gefährdeter Arten und Lebensräume eingesetzt werden und bildet die finanzielle Basis für die Umsetzung des europäischen Natura-2000-Netzwerkes.

#### Drei Säulen: Naturschutz, Umweltpolitik, Information

LIFE+ besteht aus den drei Säulen Natur und biologische Vielfalt, Umweltpolitik und Governance sowie Information und Kommunikation. Neben den bisherigen LIFE-Programmen fasst LIFE+ auch die Förderprogramme für Nichtregierungsorganisationen, für das Langzeit-Monitoring der europäischen Waldökosysteme (Forest Focus) und für nachhaltige Stadtentwicklung (URBAN) zusammen. 78 Prozent des Budgets werden für die konkrete Projektarbeit zur Verfügung stehen, 22 Prozent verbleiben für Verwaltungs- und Kontrollaufgaben bei der EU-Kommission.

#### Mitgliedstaaten erhalten mehr Kompetenzen

Hauptstreitpunkt im Vermittlungsausschuss zwischen Parlament und Mitgliedstaaten (EU-Ministerrat) waren neben der Höhe des Gesamtbudgets die Frage nach der Federführung über die Projektförderungen: die Parlamentarier/innen hatten sich gegen eine „Renationalisierung“ des Budgets gewehrt. Zwar fallen zukünftig tatsächlich die Projektgelder in die Verantwortung der Mitgliedstaaten, die nationale Förderprioritäten definieren können. Doch die EU-Kommission wird die zu fördernden Projekte auswählen und sie im Projektverlauf begleiten. Über einen Verteilungsschlüssel wird jedem Mitgliedstaat ein Jahresbudget zugewiesen, das er ausschöpfen kann - tut er es nicht, verfallen die überschüssigen Gelder.

Dem Schlichtungsabkommen muss nun noch formal durch den EU-Ministerrat und das Plenum des Parlaments zugestimmt werden.

#### Umweltverbände: Gutes Ergebnis, aber noch nicht ausreichend

Umwelt- und Naturschutzverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) begrüßten die lang erwartete Einigung: endlich könnten die Gelder für die Umsetzung von Natura 2000 fließen. Eine ausreichende Finanzierung für den europäischen Natur- und Artenschutz, um das Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen (2010-Ziel der EU), sei dies aber noch nicht, kritisiert NABU-Präsident Olaf Tschimpke. LIFE+ umfasse gerade 0,23 Prozent des gesamten EU-Haushaltes, von dem immer noch zwei Drittel in umweltschädigende Subventionen etwa für intensive Landwirtschaft und Infrastrukturprojekte fließen. (tf) ■

#### • Weitere Informationen

NABU, EU-Naturschutzreferent Claus Mayr, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-166, Fax -203  
eMail: claus.mayr@nabu.de

EEB, Pieter de Pous, Referent für Biodiversität, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891-306, Fax -099  
eMail: pieter.depous@eeb.org

### Newsticker

#### BMU-Präsidentenkonferenz: EU-Agrarpolitik naturverträglich gestalten

„Naturschutz, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung - wohin steuert die EU?“ war der Titel einer zweitägigen BMU-Präsidentenkonferenz Ende April in Bonn. Eine nachhaltige, naturnahe Landwirtschaft sei die grundlegende Voraussetzung für den Erhalt wertvoller Kulturlandschaften und damit der biologischen Vielfalt Europas, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Astrid Klug. Diskutiert wurde über die Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf Natur und Landschaft, mögliche Wege einer naturverträglichen Weiterentwicklung sowie die Chancen für Landwirtschaft und ländliche Räume durch die Verknüpfung von Naturschutz und Agrarpolitik. (bv)  
Quelle: BMU Pressedienst, 23.04.2007

#### Studie zeigt Umsetzbarkeit von FFH- und Vogelschutz-Richtlinie auf

Eine neue Studie des Europäischen Umweltbüros EEB zum EU-Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 zeigt, dass die Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie sehr wohl möglich ist. Die Studie führt das bisherige Argumentationsmuster der Mitgliedstaaten ad absurdum, wonach eine ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinien gar nicht möglich sei. Außerdem widerlegt sie die Argumente der Industrie, dass die Richtlinien nicht anwendbar seien und deshalb geändert werden müssten. (bv)

EEB: „Saving Biodiversity: Releasing Natura 2000's Potential“ (PDF, 36 S., 820 kB)  
[www.eeb.org/activities/biodiversity/documents/EEBN2000potentialreportFINAL.pdf](http://www.eeb.org/activities/biodiversity/documents/EEBN2000potentialreportFINAL.pdf)

#### BMU-Broschüre: Naturschutz als Jobmotor in ländlichen Regionen

Eine neue Broschüre des Bundesumweltministeriums (BMU) zeigt auf, wie eine nachhaltige, auf den Ressourcen ländlicher Regionen basierende Entwicklung Auswege aus dem Kreislauf von Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensqualität und Abwanderung bieten kann. Skizziert wird ein Weg weg von der Subventionierung der Landwirtschaft hin zu einer stärkeren Förderung der vielfältigen ländlichen Potenziale. (bv)  
BMU (Hrsg.): „Zukunft: Natur - Wie ländliche Regionen von Umwelt und Naturschutz profitieren und welchen Beitrag die EU-Agrarpolitik leisten kann“; Download: [www.bmu.de/naturschutz\\_biologische\\_vielfalt/downloads/doc/39154.php](http://www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/downloads/doc/39154.php)

### **Europäische Satellitenbilder liefern Daten für UN-Biodiversitäts-Initiative**

Das neue Medspiration-Projekt der Europäischen Weltraumorganisation ESA nutzt Satellitenbilder, um verlässliche Temperatur-Analysen von den Biodiversitäts-Hotspots der Welt zu erhalten und damit die UN-Biodiversitätskonvention (CBD) zu unterstützen. Die Karten sollen demnächst online bereitgestellt werden. Forschern sollen damit eine Grundlage für den Kampf gegen den Artenverlust und die Erreichung des 2010-Biodiversitätsziels der EU erhalten. Medspiration ist eine europäische Initiative, um die gemessenen Daten verschiedener Satellitensysteme in einen einzigen Datensatz zu überführen und auf diese Weise eine detaillierte Darstellung der Meeresoberflächentemperatur zu erhalten. Ein Schwerpunkt ist seit Anfang des Jahres Zentralamerika, wo anhand der Galapagos- und Cocosinseln die Migrationsmuster und der Zusammenhang zwischen der Meerestemperatur und dem Überleben von Arten dokumentiert werden. Mit Medspiration ist es möglich, eine Auflösung von zwei Quadratmetern darzustellen. (bv)

Quelle: [www.ec.europa.eu/research/headlines/news/article\\_07\\_04\\_13\\_en.html](http://www.ec.europa.eu/research/headlines/news/article_07_04_13_en.html)

### **Weltnaturwunder sollen vor dem Klimawandel bewahrt werden**

Zehn der größten Weltnaturwunder - vom Amazonas bis hin zum Himalaya stehen vor der Zerstörung, wenn die Klimaerwärmung weiterhin im derzeit ermittelten Tempo zunimmt, warnt der WWF und zeigt in seinem Briefing „Saving the world's natural wonders from climate change“ neben den prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels auch Anpassungsstrategien für die zehn größten Naturwunder auf. (bv)  
WWF-Briefing (PDF, 12 S., 190 kB):  
<http://assets.panda.org/downloads/savingnaturesjewels.pdf>

### **Übermaß an Nährstoffen reduziert Artenvielfalt**

Ein Überangebot an entscheidenden Faktoren wie Nährstoffen oder Wasser reduziert die Artenvielfalt eines Ökosystems. Dafür steigt die Produktivität einiger weniger Arten, wie ein US-amerikanisches Forscherteam in der Fachzeitschrift „Nature“ berichtet. Die Ergebnisse belegen zudem, dass ein Verlust von Pflanzenarten - etwa als Folge von Nährstoffzugaben durch Düngemittel - mehr als 100 Jahre andauern kann. (bv)

Quelle: [www.umweltschutz-news.de/296artikel1712.html](http://www.umweltschutz-news.de/296artikel1712.html)

### **Weltwaldbericht: Wald wächst, wo Geld ist**

Der jüngste Waldbericht der Welternährungsorganisation FAO beschreibt einen weltweiten Waldrückgang von 20.000 Hektar Wald pro Tag. Zwischen 1990 und 2005 ging weltweit eine Fläche von der dreieinhalbfachen Größe Deutschlands verloren. Die größten Waldverluste haben dem Bericht zufolge Afrika, Lateinamerika und die Karibik. Immerhin 57 Staaten verbuchen inzwischen jedoch wieder einen jährlichen Waldzuwachs. Der Wald kehrt aber nur in den wirtschaftlich entwickelten Ländern, zumeist in Europa und Nordamerika zurück. „Die wirtschaftliche Entwicklung erscheint als notwendige Bedingung für das Aufhalten der Entwaldung“, glaubt die FAO. Andererseits erhöhe der wirtschaftliche Aufschwung auch den Druck auf die Wälder, etwa durch illegalen Holzschlag zur Deckung der steigenden Nachfrage nach Holzprodukten. Zudem tauche mit dem Klimawandel eine neue Gefahr auf, der die Ausbreitung von Bränden, Schädlingen und Baumkrankheiten begünstige. (bv)

Quelle:  
[www.umweltschutz-news.de/267.html](http://www.umweltschutz-news.de/267.html)

### **Tropenholz aus Indonesien und Kongo zum größten Teil illegal**

Laut einem aktuellen Bericht der Weltbank stammen etwa zwei Drittel des auf dem indonesischen Markt gehandelten Holzes aus illegalem Einschlag. Bei den Exporten liegt der Anteil des illegalen Holzes noch höher: Das UN-Umweltprogramm UNEP spricht in einer Studie von 88 Prozent. Ein ähnliches Bild zeichnet der neue Greenpeace-Report über die Demokratische Republik Kongo. Trotz eines Moratoriums aufgrund des Bürgerkrieges wurden zahlreiche neue Einschlagkonzessionen erteilt. Nach Auslaufen des Moratoriums wahrscheinlich noch in diesem Jahr besteht laut Greenpeace die Gefahr, dass das nach dem Amazonasgebiet größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde zerstört wird. (mb)  
[www.fsc-deutschland.de/newsletter/141/926](http://www.fsc-deutschland.de/newsletter/141/926)

### **Handelsverbot von Katzen- und Hundefellen in der EU**

Der EU-Parlamentsausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz stimmte Mitte April dem Verordnungsentwurf der

Kommission für ein EU-weites Handelsverbot mit Katzen- und Hundefellen zu und sprach sich gegen jegliche Ausnahme aus. Ende Mai stimmt das Parlamentsplenum über den Bericht ab. (bv) ■

Quelle: [www.europarl.europa.eu/news/expert/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_en.htm) (13.04.2007)

■

## Autos bremsen europäische Kyoto-Ziele aus

### **Straßenverkehr verursacht 20 Prozent der Treibhausgase, Tendenz steigend**

In Europa verhindern hauptsächlich verkehrsbedingte Treibhausgasemissionen, dass die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Einsparziele für den Klimaschutz erreicht werden. Das geht aus dem Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen hervor, der Ende März veröffentlicht wurde. Der Verkehr verursacht 21 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in den 15 alten EU-Mitgliedstaaten. 93 Prozent aller verkehrsbedingten Emissionen verursacht der Straßenverkehr. Am schnellsten angestiegen sind jedoch die Emissionen aus dem internationalen Flugverkehr, nämlich um 86 Prozent zwischen 1990 und 2004.

### **EU-Verkehrsbeihilfen mit schuld an hohem Treibhausgasausstoß**

Nach dem EEA-Bericht „Transport and Environment: on the way to a new common transport policy“ muss sich die europäische Verkehrspolitik dringend mit der rasant wachsenden Verkehrsnachfrage auseinandersetzen. Zwischen 1990 und 2003 stieg das Personenverkehrsaufkommen in den EEA-Ländern um 20 Prozent. Am meisten wuchs mit 96 Prozent der Luftverkehr. Das enorme Verkehrsaufkommen durch die große Nachfrage ist auch der Hauptgrund für den hohen Anteil des Verkehrssektors an den Emissionen. In den meisten anderen Bereichen (Stromversorgung, Industrie, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft) sind die Emissionen zwischen 1990 und 2004 gesunken.

Der EEA-Bericht belegt außerdem, dass Verkehrssubventionen die Wahl der Verkehrsmittel lenken. Jährlich werden in Europa bis zu 290 Milliarden Euro für Verkehrsbeihilfen ausgegeben. Fast die Hälfte davon fließt in den Straßenverkehr. Eine Studie der EEA zu diesem Thema erscheint im Frühjahr 2007. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäische Umweltagentur (EEA), Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen  
Tel. 0045 33367100  
[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)  
Der Bericht:  
[http://reports.eea.europa.eu/technical\\_report\\_2007\\_3/en](http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2007_3/en)

## Verkehrsbeobachtungsstelle in den Alpen eingerichtet

### **Straßen-, Schienen- und Kombiverkehr soll erfasst werden**

Vertreter der Europäischen Kommission und der Schweizer Regierung sind Mitte März zum ersten Mal mit den Sachverständigen der Beobachtungsstelle für den Alpenverkehr zusammengetroffen. Die Hauptaufgabe der neuen ständigen Beobachtungsstelle ist die Erfassung des Straßen-, Eisenbahn- und kombinierten Verkehrs in der Alpenregion.

EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot lobte die Schaffung der Beobachtungsstelle für den Alpenverkehr. Es sei ein erheblicher Fortschritt, dass die politischen Verantwortlichen nun die Verkehrsentwicklung in dieser wichtigen Transitregion genau verfolgen könnten. Hier sei das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit äußerst anfällig, so Barrot weiter.

### **Länderübergreifende Datensammlung**

Die Beobachtungsstelle wird von einer Arbeitsgruppe beaufsichtigt, die sich aus Vertretern der Kommission, der Mitgliedstaaten und der Schweiz zusammensetzt. Die fachlichen Aufgaben, also die Erfassung und Auswertung der Statistiken sowie das Verfassen von Berichten hat eine Firma übernommen, die darauf spezialisiert ist. Bei der Beobachtungsstelle laufen alle Erhebungen aus den verschiedenen Alpenstaaten zusammen. Ihre Berichte sollen einen Überblick über die Verkehrsflüsse und die Entwicklung des alpenquerenden Schienen- und Straßengüterverkehrs geben. Diese Daten sollen Grundlage für mögliche Maßnahmen sein. Der erste Bericht soll im Juni 2007 vorgelegt werden. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

## Start für zwei Studien zum nachhaltigen Verkehr

### **1. Forschung über Auswirkungen des Verkehrs in Ost-West-Korridor**

Die Europäische Kommission hat Ende März den Startschuss für zwei neue Forschungsprojekte gegeben, die sich mit Fragen des nachhaltigen Verkehrs befassen. Das Projekt TRAENVIA wertet aus, wie sich die verschiedenen Verkehrsträger entlang des europäischen „Korridors V“ auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft auswirken. Der Korridor V reicht von Lissabon über Triest bis nach Kiew.

### **2. Reduzierung der Luftverschmutzung in der Lombardei**

Die zweite Maßnahme ist ein „Verbundforschungsprojekt zur Reduzierung der Luftverschmutzung in der Lombardei“. Die Wissenschaftler konzentrieren sich auf die Möglichkeiten, wie in dieser Region Italiens die Feinstaub- und sonstige Emissionsbelastung verringert werden kann.

### **Ziel der Forschung: Gesundheitsschutz**

Beide Projekte werden vom wissenschaftlichen Dienst der Kommission, der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC), koordiniert. Nach Angaben der Kommission sollen die Projekte zu einer Verbesserung der Luftqualität und zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen. Nach den Worten des EU-Kommissars für Wissenschaft und Forschung Janez Potocnik ist in der EU der Verkehr für ein Drittel aller in die Luft abgegebenen Giftstoffe und CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Damit sich dieser Anteil nicht weiter erhöht, seien die Forschungsprojekte wichtig. Umweltkommissar Stavros Dimas betonte die Verantwortung der Behörden, die Gesundheit der Bürger/innen in der EU zu schützen.

Forschungsarbeiten zum nachhaltigen Verkehr fördert die Kommission auch über das 7. Forschungsrahmenprogramm, mit dem für die kommenden sieben Jahre 4,1 Milliarden Euro für Verkehrsforschung bereitgestellt werden. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Direktion C - Luft und Chemikalien; Luftqualität und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2968695  
[www.ec.europa.eu/environment/air/transport.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/air/transport.htm)

## Newsticker

### **Autobahn-Streit: Brüssel verklagt Polen vor oberstem EU-Gericht**

Im Streit um den Bau einer Autobahn durch ein Naturschutzgebiet in den Masuren muss sich Polen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verantworten. Die EU-Kommission beschloss Ende März, Warschau vor dem obersten EU-Gericht zu verklagen, weil es mehrere Naturschutzrichtlinien gebrochen hat. Da die Arbeiten schon begonnen hätten, wollte die Kommission nach eigenen Angaben mit einer einstweiligen Verfügung des EuGH einen sofortigen Baustopp erzwingen. Diese wertvolle Gegend von europaweiter Bedeutung müsse vor irreparablen Schäden geschützt werden, sagte Umweltkommissar Stavros Dimas. Es geht um ein Teilstück der „Via Baltica“. Sie soll Polen mit dem Baltikum und Finnland verbinden und durch das Rospuda-Tal verlaufen. In dem Tal gibt es einen der letzten Urwälder Europas und ein einzigartiges Torfmoor. Außerdem leben hier Adler, Luchse und Wölfe. Polnische und europäische Umweltverbände lobten die Entscheidung der Kommission (EUR 04.07, S. 27). (mbu)  
● Europäische Kommission, Brüssel, Tel. 0032 2 / 29-80300, [www.ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html)

### **EU-Verkehrsminister stimmen Luftverkehrsabkommen mit USA zu**

Die Verkehrsminister der 27 EU-Staaten haben am 22. März in Brüssel einem Luftfahrtabkommen mit den USA zugestimmt, das Fluggesellschaften die freie Flughafenwahl beiderseits des Atlantiks erlaubt. Fluggäste auf Transatlantikstrecken zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sollen dadurch noch einfacher und billiger fliegen können, hieß es zur Begründung. Das Abkommen soll am 30. März 2008 in Kraft treten. EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot erwartet, dass die Zahl der Passagiere im Transatlantikverkehr von heute knapp 50 Millionen auf rund 75 Millionen im Jahr 2013 ansteigt. Damit der Schadstoffausstoß der Flugzeuge nicht im gleichen Maße steigt, setzt Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee auf drei Faktoren: Er will den Luftverkehr in den Emissionshandel einbeziehen, eine bessere Flugsicherung soll Staus am Himmel über den Flughäfen verringern und auch emissionsabhängige Landegebühren wie in Schweden und der Schweiz seien möglich.

Steuern auf Flugbenzin oder Tickets sind nicht geplant. (mt)

● Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. 030 / 183003060, [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de)

### **Verkehrsausschuss für erweiterte Direktvergabe im Personenverkehr**

Ende März hat sich der Verkehrsausschuss im Europäischen Parlament für eine neue Verordnung für die Ausschreibung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten ausgesprochen. Regionale und lokale Behörden sollen demnach mehr Ermessensspielraum für die Direktvergabe von Aufträgen für Bahn- und Busdienstleistungen bekommen. Der grüne Europaabgeordnete Michael Cramer kritisierte das Votum des Ausschusses als „europarechtliche Absicherung bestehender Monopole zu Lasten der Fahrgäste und der Finanzen der Kommunen“. Es zementiere Monopole und mache Wettbewerb unmöglich, so der verkehrspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion weiter. Im Mai wird das Votum in zweiter Lesung ▼ im Plenum des Parlaments debattiert. (mbu)

● Michael Cramer MdEP, Brüssel, Tel. 0032 2 / 28 45779, eMail: [michael.cramer@europarl.europa.eu](mailto:michael.cramer@europarl.europa.eu)

### **Zwei Drittel der Österreicher/innen würden höhere Flugpreise akzeptieren**

Ende März haben in einer repräsentativen Telefonbefragung zwei Drittel der befragten Österreicher/innen Verständnis für umweltbedingte Teuerungen bei Flugreisen geäußert. 69 Prozent würden aber deswegen nicht auf Fernreisen verzichten wollen. 81 Prozent der Österreicher/innen halten die bisherigen Anstrengungen ihrer Regierung für unzureichend. Die Befragung wurde vom Linzer Meinungsforschungsinstitut IMAS durchgeführt. (jg)  
Quelle: [www.networld.at/articles/0713/90/168692.shtml](http://www.networld.at/articles/0713/90/168692.shtml)

■

### Gastbeitrag Hochwasserrichtlinie: Chance für den Auenschutz verpasst

Von Christian Schweer, BUND

#### Europäisches Parlament lässt sich auf ein flexibles Risikomanagement ein

Ende April hat das Europäische Parlament in seiner 2. Lesung über den Vorschlag ▼ für eine EU-Hochwasserrichtlinie entschieden und damit den Schlusspunkt unter die gesetzlichen Beratungen zum EU-weiten Hochwasserschutz gesetzt.

Mit der bis spätestens 2009 in nationales Recht umzusetzenden Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten ein dreistufiges Hochwasserrisikomanagement nach Flusseinzugsgebieten mit „Wiederholungsschleifen“ vorlegen. Sie umfasst eine Risikobewertung, die Kartierung von Risikogebieten entsprechend sehr wahrscheinlicher bis Extrem-Szenarien sowie bis spätestens 2015 Risikomanagementpläne zur Bewältigung der Herausforderungen von Hochwasserschäden.

#### Umweltverbände enttäuscht

Die Umweltverbände BUND, EEB, Friends of the Earth und WWF sind von den Ergebnissen enttäuscht, da der nun angenommene Kompromissentwurf kein klares Zeichen zugunsten des ökologischen Hochwasserschutzes setzt und damit die Widersprüche aus dem deutschen Hochwasserartikelgesetz von 2005 weitgehend bestätigt.

Bei dem im Schnelldurchgang und hinter verschlossenen Türen ausgehandelten Entwurf sind drei essenzielle Vorgaben für einen effizienten EU-Hochwasserschutz nicht berücksichtigt worden, obwohl der Umweltausschuss des Europaparlaments noch Ende Februar mit deutlicher Mehrheit hierfür votiert hat:

- Entsprechend dem Prinzip „Hochwasserschutz mit der Natur“ den Auenschutz bei allen Phasen des Hochwassermanagements - d. h. bei Risikobewertung, Kartierung und Managementplänen - konsequent berücksichtigen.
- Zusätzliche Überprüfung der Hochwasser-Infrastruktur - also Deiche, Polder und Rückhaltebecken - auf ihre Umwelt- und Ressourcenkosten.
- Vorrangstellung der Zielsetzungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und vollständige Einbindung des Hochwasserrisiko-Managements in die

WRRL-Umsetzung, um parallele Verwaltungsprozesse auszuschließen und das Erreichen des guten ökologischen Gewässerzustandes bzw. des Verschlechterungsverbot sicherzustellen.

#### Korrekturen des EU-Parlaments wenig substanziell

Zwar hat das Europäische Parlament gegenüber dem Vorschlag des EU-Minister-rats einige Korrekturen durchsetzen können, die jedoch wenig substanziell sind. So sollen bei der Risikobewertung und in den Risikomanagementplänen die Auen bzw. der Klimawandel berücksichtigt werden, aber die Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, ob und in welchem Maße sie dieses dann auch tatsächlich tun. Zudem bleibt es ihnen möglich, Maßnahmen zur „gesteuerten Flutung“ umzusetzen. Dieser Begriff ist nicht näher definiert, wird aber in Zusammenhang mit Polder und Rückhaltebecken gebracht. Zudem muss zwar der Hochwasserschutz mit der WRRL-Umsetzung abgestimmt werden, jedoch ist damit nicht sichergestellt, dass die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie tatsächlich Vorrang erhalten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bewirtschaftungseinheiten andere als die nach der WRRL sein können. Diese Verkomplizierungen nützen dem Gewässerschutz wenig, bringen mehr Abstimmungsfehler und zusätzlichen Verwaltungsaufwand und stehen letztlich den EU-weiten Anstrengungen für bessere Regelungen entgegen.

Problematisch ist auch die Möglichkeit, dass das Management entsprechend der Richtlinie bis 2018 und später hinausgezögert werden kann. Es reicht, wenn die Mitgliedstaaten bis 2010 ihre Arbeiten erstellt haben. Angemessene Kriterien sind als Bedingung nicht vorgesehen. Die Ausnahme kommt den deutschen Bundesländern sehr entgegen, die bis 2009 ihre Hochwasserschutzpläne erstellt haben wollen.

#### Folgen der Hochwasserrichtlinie

Die Hochwasserrichtlinie ermöglicht es, dass beim Hochwasserschutz europaweit weiter ineffizient wie bisher verfahren wird: Vor allem Polder bauen, Rückhaltebecken „dezentral“ anlegen, Deiche verstärken (bis zu 60 % sind sanierungsbedürftig). Baumaßnahmen sind kostspielig - bis zu 1500 Euro je Meter. Übersehen werden noch häufig die Schäden für den Natur- und Umweltschutz sowie für die Gesellschaft, die in der Realität allenfalls an-

satzweise in Kosten ausgedrückt werden und bei der Überprüfung von Baumaßnahmen so gut wie keine Rolle spielen: die Beeinträchtigung der Artenvielfalt (Auen sind „hot spots“ der Biodiversität), die Qualität von Trinkwasserressourcen oder des lokalen Klimas.

An vielen europäischen Flüssen wie Donau, Elbe und Rhein sind bis zu 80 % der Auen verdrängt worden. Mehr als 70 % der Gewässer werden ohne zusätzliche Anstrengungen nicht den angestrebten Gewässerzustand erreichen. Ein wichtiger Grund hierfür sind strukturelle Veränderungen für Schifffahrt, Wasserkraft, intensive Landwirtschaft, Bebauung und den technischen Hochwasserschutz. Es ist nicht zu erkennen, dass sich an diesen Praktiken etwas verändert, wenn man sich die Pläne etwa für die Donau oder die Elbe ansieht.

Die Richtlinie ist damit auch ein weiterer Rückschlag für die zurzeit auf EU- und Bundesebene beratene Biodiversitätsstrategie, die den Verlust der Vielfalt an Arten, Lebensräumen und genetischen Ressourcen bis 2010 zu stoppen versucht. Die Politikintegration lässt auf sich warten. ■

#### • Weitere Informationen

BUND, Christian Schweer, Referat Naturschutz und Gewässerpolitik, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-65, Fax -40  
eMail: wrrlforum@bund.net  
www.bund.net/wasser

## Wasserrahmenrichtlinie: Mehr prioritäre Stoffe

### Einigung im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments

Die Anzahl prioritärer<sup>1</sup> umweltgefährdender Stoffe unter der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), für die streng kontrollierte Gewässerhöchstmengen gelten, soll nahezu verdoppelt werden. Darauf einigte sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments Ende März. Außerdem sollen weitere Stoffe in die höchste Kategorie „prioritär gefährlich“ aufgenommen werden und dürfen damit in 20 Jahren nicht mehr in Gewässern vorkommen.

Die Entscheidung erhielt viel Beifall bei Umweltverbänden und der Wasserwirtschaft. Wird dieses Ergebnis vom Plenum des Parlaments angenommen, stehen harte Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten im EU-Ministerrat bevor, die sich - wie schon die EU-Kommission in ihrer Entwurfsvorlage und auch die betroffenen Industriesektoren - für schwächere Umweltstandards aussprechen. ▼

Im Detail besagen die Änderungsanträge des Umweltausschusses, dass den im Kommissionsentwurf der Prioritäre-Stoffe-Richtlinie<sup>2</sup> von 2006 vorgeschlagenen 33 prioritären Stoffen 28 neue hinzugefügt werden sollen. Außerdem fordern sie, dass 11 weitere prioritäre Stoffe aus der ursprünglichen Liste und 22 von den neu vorgeschlagenen zukünftig als prioritär gefährliche Stoffe eingestuft werden.

### Verbändekritik an Prioritäre-Stoffe- Richtlinie bleibt bestehen

Trotz des großen Lobes für die Entscheidung des Umweltausschusses bleibt die Kritik der Umweltverbände an der Prioritäre-Stoffe-Richtlinie bestehen: Der Richtlinienvorschlag beschränke sich auf Umweltqualitätsnormen, also Immissionsgrenzwerte für Schadstoffkonzentrationen in den Oberflächengewässern. Vorgaben für die Begrenzung der Emissionen dieser Stoffe an den Quellen der Verschmutzung fehlten und würden stattdessen den Mit-

gliedstaaten überlassen bleiben. Die Kommission verfehle damit den klaren Auftrag des Art. 16 WRRL, den Gefahren durch prioritäre Stoffe mit einem kombinierten Ansatz auf EU-Ebene zu begegnen und Vorschläge zur Verringerung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten zu unterbreiten. (tf) ■

### • Weitere Informationen

DNR-Gesprächskreis Wasser, c/o Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33  
eMail: wasser@grueneliga.de  
www.wrrl-info.de

## EU-Fischereirat 16./17.4.: Schutz der Aale blockiert

### Vorerst kein Rettungsplan für Jungaale

Auf dem EU-Ministerrat für Landwirtschaft und Fischerei am 16. und 17. April scheiterte der Plan zum Schutz des europäischen Aals vor allem am Widerstand Frankreichs und Spaniens. Der Vorschlag ▼ der EU-Kommission mit der Vorgabe, dass 75 Prozent der gefangenen Glasaale innerhalb der EU für die Wiederansiedlung in heimischen Flüssen verkauft werden sollen, und das Zugeständnis von Frankreich und Spanien - 20 Prozent - lagen weit auseinander. Auch der Kompromissvorschlag des Ratsvorsitzenden Seehofer von 60 Prozent war nicht konsensfähig. Diplomaten erhoffen sich jedoch beim nächsten Fischereirat - nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich - günstigere Bedingungen für Schutzmaßnahmen für den überfischten Aalbestand. Denn gerade der massive Fang der jungen Glasaale, die als Delikatesse und für die Aufzucht in anderen Regionen beliebt sind, zählt für die Fischereination als Exportschlager. Einigkeit wurde jedoch über den Vorschlag erzielt, dass 40 Prozent der erwachsenen Aale zwecks Fortpflanzung verschont werden.

### Maßnahmen gegen illegale Fischerei und für freiwilliges Ökolabel

Zustimmung fand die Ankündigung von EU-Fischereikommissar Borg, Ende 2007 ein Maßnahmenpaket gegen illegalen Fischfang vorzulegen. Außerdem wollen die Minister den Vorstoß der EU-Kommission für ein freiwilliges Ökolabel auf Basis der Kriterien des Marine Stewardship Council (MSC) für Fischereiprodukte unterstützen. Zu dieser 2005 begonnenen Diskussion<sup>3</sup> will die Kommission in diesem Jahr einen neuen Bericht vorlegen, dem ein Gesetzesentwurf folgen soll. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: www.eu-info.de 16.04.07; ENDS Europe Daily 19.04.07  
Protokoll Agrar- und Fischereirat:  
www.consilium.europa.eu/ueDocs/  
cms\_Data/docs/pressData/en/agricult/  
93679.pdf

<sup>1</sup> Prioritäre Stoffe nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind Stoffe, durch die eine erhebliche Gefahr für die Gewässer ausgehen kann und die deshalb vorrangig (prioritär) reglementiert werden sollen. Ziel ist, dass diese gefährlichen Stoffe möglichst gar nicht mehr in der Umwelt vorkommen.

<sup>2</sup> Vorschlag ▼ für eine Richtlinie über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG.

<sup>3</sup> Mitteilung der EU-Kommission von 2005: Commission Communication COM(2005) 275 final, „Launching a debate on a Community approach towards ecolabelling schemes for fisheries products“. [www.ec.europa.eu/fisheries/dialog/eco-labelling\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/fisheries/dialog/eco-labelling_en.pdf)

## Bericht rügt mangelhafte Umsetzung der Fischereipolitik

### Mangelnde Kontrollen unterhöheln Umsetzung beschlossener Maßnahmen

In ihrem neuen Bericht „Überwachung der Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) durch die Mitgliedstaaten 2003-2005“ hat die EU-Kommission eklatante Mängel auf Seiten der EU-Mitgliedstaaten festgestellt. Der Bericht enthält sowohl die Ergebnisse der Inspektionsreisen, bei denen Inspektoren der Kommission die Kontrollverfahren der Mitgliedstaaten bewertet haben, als auch eine Analyse der Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung der GFP. So würden in Ermangelung effektiver Maßnahmen zur Kontrolle geltenden EU-Rechts weiterhin illegale Fangmethoden wie Treibnetze eingesetzt, zu hohe Fangmengen eingeholt und geschützte Bereiche befischt werden.

### Mangel an Standards und Engagement

Gründe für die schlechten Kontrollen in den Mitgliedstaaten seien mangelnder Einsatz von Personal und fehlende Kontrollstrategien sowie insgesamt mangelndes Engagement der Verantwortlichen. So würden beispielsweise andere Fangmengen nach Brüssel gemeldet als tatsächlich beobachtet, das Berichtswesen nicht vorschriftsmäßig durchgeführt, ein Satellitenüberwachungssystem nicht eingeführt und „bei der Umsetzung von Bestandsbewirtschaftungsmaßnahmen offenbar eine Vorgehensweise gewählt, die die Fischereitätigkeiten so wenig wie möglich stören sollte“.

Bei der für 2008 geplanten Neufassung der Kontrollregelung will die EU-Kommission u. a. auf eine größere Harmonisierung und Standardisierung der nationalen Kontroll- und Berichtspflichten drängen. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Fischerei und Maritime Angelegenheiten, B-1049 Brüssel  
Fax 0032 2 / 2993040  
[www.ec.europa.eu/fisheries](http://www.ec.europa.eu/fisheries)

## Newsticker

### Nitrat im bretonischen Trinkwasser: Frankreich beugt sich EU-Druck

Die EU-Kommission hat beschlossen, gegen Frankreich wegen der Nitratverschmutzung von Trinkwasserquellen in der Bretagne ein Zwangsgeldverfahren in Millionenhöhe beim Europäischen Gerichtshof anzustrengen. Da die französischen Behörden nun aber umfangreiche Maßnahmen angekündigt haben, um den Vorgaben der Trinkwasserrichtlinie aus dem Jahr 1975 (1975/440/EWG) nachzukommen, gab die Kommission Mitte Ende März bekannt, das Verfahren vorerst aufzuschieben. (tf)

Quelle: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/381)

### BMU/IUCN-Konferenz: Countdown für den Schutz mariner Lebensräume

Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und der Weltnaturschutzunion IUCN haben Mitte April internationale Experten über den Schutz der akut bedrohten meeresbiologischen Vielfalt diskutiert. Hauptthemen waren die Ausweisung und das Management von Schutzgebieten in europäischen Meeren sowie die EU-Meerpolitik und Strategien zum Erhalt der biologischen Vielfalt auf Hoher See. Zusätzlich zum europäischen 2010-Biodiversitätsziel haben sich viele Staaten auf internationaler Ebene verpflichtet, bis 2012 ein Netzwerk von Meeresschutzgebieten einzurichten. (bv)

Quelle: BMU Pressedienst, 18.04.2007

### Reduzierung von Beifängen

Die EU-Kommission hat Ende März eine Mitteilung (KOM 2007/136) zur Reduzierung unerwünschter Beifänge und zur Abschaffung von Rückwürfen in der europäischen Fischerei veröffentlicht. Das vorgeschlagene Konzept sieht vor, stufenweise „akzeptable“ Höchstmengen an Beifängen sowie die Verpflichtung festzuschreiben, Beifänge zukünftig in den Hafen zu bringen. Da eine Kontrolle kaum möglich ist, sollen die Fischer mit einem ergebnisorientierten Managementansatz motiviert werden, die für ihre jeweiligen Tätigkeiten besten technischen Lösungen zu entwickeln, um den Beifang gemäß der Höchstmenge zu reduzieren. Mögliche flankierende Maßnahmen wären Anreize zur Verbesserung der Selektivität von Fanggeräten oder die Sperrung von Fanggebieten. Die Kommission geht davon aus, 2008 erste konkrete Maßnahmen vorlegen

zu können. Beifänge, d. h. gefischte Meerestiere, die nicht das ursprüngliche Fangziel sind (u. a. auch Haie, Delfine oder Schildkröten), können bis zu 90 % der Gesamtfangmenge ausmachen und werden in der Regel zurück in das Meer geworfen. Diese Praxis mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Fischbestände ist seit langem Gegenstand der Kritik an der Fischereiwirtschaft. (tf)

Quelle: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/429)

### US-Schiffe vor Heiligendamm gefährden Schweinswale

Tier- und Naturschützer, darunter der NABU, haben vor einer Gefährdung der Schweinswale in der Ostsee durch US-Kriegsschiffe während des G-8-Gipfels in Heiligendamm gewarnt. Ein Einsatz des zur U-Boot-Suche verwendeten Sonars auf diesen Schiffen könnte für Schweinswale tödlich sein, so die Verbände. Aus den USA sei eine Massenstrandung der Meeressäuger nach einem Sonareinsatz dokumentiert. Sonare orten Objekte unter Wasser mit Hilfe von Schallwellen. (bv)

Quelle: [www.schleswig-holstein.nabu.de/m05/m05\\_05/06468.html](http://www.schleswig-holstein.nabu.de/m05/m05_05/06468.html)

## Veröffentlichungen

### Grundlagenbroschüre: Brüsseler 1x1 - überarbeitete Auflage

Die Grundlagenbroschüre der EU-Koordination des DNR, das „Brüsseler 1x1“, ist vollständig überarbeitet neu aufgelegt worden. Es hat sich einiges in der EU getan: mehr Mitgliedstaaten, andere Stimmverhältnisse, neue Ausschüsse im Parlament, Adressänderungen... Grund genug für uns, die Grundlagenbroschüre „Brüsseler 1x1“ für Sie vollständig zu überarbeiten. Auf 96 Seiten finden Sie alle Informationen, die Sie für eine erfolgreiche Lobbyarbeit in Brüssel brauchen. Sowohl als Druckexemplar oder Download erhältlich! (jg)

Bezug: DNR EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030 / 443391-81, Fax -80, eu-info@dnr.de; Download (96 S., 900 kB): [www.eu-koordination.de/PDF/Bruesseler1x1.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/Bruesseler1x1.pdf)

### Keine Entwarnung für gefährdete Lebensräume in Deutschland

Den fortschreitenden Verlust der Arten- und Lebensraumvielfalt in Deutschland dokumentiert die neueste Auflage der Roten Liste der gefährdeten Biotoptypen. Rund 72 Prozent aller 690 verschiedenen Lebensraumtypen in Deutschland gelten nach wie vor als gefährdet oder sogar als akut von der Vernichtung bedroht. (bv)

U. Riecken u. a. (2006): Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen Deutschlands. Zweite fortgeschriebene Fassung 2006, Natursch. Biol. Vielf. 34, 318 S., ISBN 3-7843-3934-4; Bezug: BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, 48084 Münster, 24,- Euro, [www.lv-h.de/bfn](http://www.lv-h.de/bfn)

### Kalender der Klima-Ungerechtigkeit

Ein neuer Internetkalender aus Großbritannien zeigt auf, wie unterschiedlich die Verantwortlichkeiten für den Klimawandel und die globale Erwärmung verteilt sind. Jeden Tag wird ausgerechnet, ab wann der durchschnittliche britische Bürger den Jahresausstoß eines anderen Landes eingeholt hat. Bereits am 8. Januar ist der Verbrauch in Großbritannien so hoch wie im ärmsten Land der Welt im ganzen Jahr. (jg)

[www.wdm.org.uk/campaigns/climate/calendar](http://www.wdm.org.uk/campaigns/climate/calendar)

## Investitionspolitik für zukunftsfähige Entwicklung

Um Auslandsinvestitionen und fehlende Kriterien gibt es seit Jahren erbitterten Streit. Multilaterale Abkommen sind vonseiten der Nichtregierungsorganisationen immer wieder kritisiert worden. Das kanadische International Institute for Sustainable Development (IISD) legte im April 2005 einen Vorschlag für ein Musterabkommen zu Investitionen für zukunftsfähige Entwicklungen vor, der nicht nur die Rechten und Pflichten der beteiligten Staaten, sondern auch der Unternehmen fest schreibt. Die Organisation „Weltwirtschaft und Entwicklung“ (WEED) hat sich dieses Themas jetzt in einer Broschüre angenommen. Die neue WEED-Broschüre führt in den Zusammenhang zwischen Investitionen und einer zukunftsfähigen Entwicklung ein, präsentiert den investitionspolitischen Status Quo und analysiert den Vorschlag des IISD. (jg)

Bezug: eMail: [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org) (3,- Euro), [www.weed-online.org/publikationen/bestellung#k\\_investitionspolitik\\_fuer\\_zukunftsfaehege\\_entwicklung](http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung#k_investitionspolitik_fuer_zukunftsfaehege_entwicklung)

## Neu im Netz

### Europäische Umweltverbände mit neuem Internetauftritt

Seit kurzem online, bietet die neue Website der „Green 10“ einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten dieser Plattform zehner großer Europäischer Umweltverbände. Stellungnahmen zu den Themenbereichen Klima, Energie, EU-Budget, Nachhaltige Entwicklung und zur EU-Transparenzinitiative werden auf dieser Seite veröffentlicht. Gemeinsames Ziel der Green 10 ist eine verbesserte Umweltsituation in der EU und ihren Nachbarländern. Dabei arbeiten die Green 10 mit den gesetzgebenden Institutionen der EU zusammen. (mb)

[www.green10.org](http://www.green10.org)

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ~200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

### Titel/Thema

Energie und Klima (in Vorbereitung)  
 EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden  
 Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?  
 Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine

Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?  
 Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8  
 Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union  
 Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien  
 Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand  
 Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie  
 Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz  
 Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit  
 EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht

Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?  
 Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel  
 Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!  
 Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser  
 Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH  
 Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk  
 Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich  
 Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik  
 Die neue Europäische Kommission: Barroso's Team tritt an

Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?  
 Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?  
 Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände  
 Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?  
 Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?  
 Welche Energien brauchen wir?  
 Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut  
 Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten  
 Europäische Verfassung gescheitert?

Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes  
 Umweltverbände zur Europawahl 2004  
 Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen  
 Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung  
 Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún  
 Europäische Chemikalienpolitik  
 Weltweite Regeln für globale Unternehmen  
 Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003  
 Der Stand der EU-Erweiterung  
 Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent  
 Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag

### Ausgabe

II/2007  
 I/2007  
 Extra  
 Extra

11./12.06  
 10.06  
 08/09.06  
 07.06  
 06.06  
 05.06  
 04.06  
 02/03.06  
 01.06

12.05  
 11.05  
 10.05  
 08/09.05  
 06/07.05  
 05.05  
 03/04.05  
 02.05  
 01.05

11/12.04  
 09/10.04  
 08.04  
 07.04  
 06.04  
 05.04  
 04.04  
 02/03.04  
 01.04

12.03  
 11.03  
 10.03  
 09.03  
 08.03  
 07.03  
 06.03  
 04/05.03  
 03.03  
 02.03  
 01.03

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese (und weitere) Termine im Internet: [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (aktueller und oft auch ausführlicher)

Andere Terminseiten im Internet: [www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks) (siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

14.5., Berlin

### NGO-Konferenz zu Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung

DNR, EU-Koordination, Bjela Vossen, Berlin  
 Tel. 030 / 443391-85, Fax -80  
[bjela-vossen@dnr.de](mailto:bjela-vossen@dnr.de)

19./20.5., Halle

### Kulturpflanzenvielfalt als Gemeingut

3. Europäisches Seminar; Europäisches Bürgerforum (EBF), Jürgen Holzapfel  
 Tel. 039959 / 23881  
[ulenkrug@t-online.de](mailto:ulenkrug@t-online.de)  
[www.gmo-free-regions.org](http://www.gmo-free-regions.org)

21.-23.5., Tutzing

### Bedeutung der Subsistenz im 21. Jahrhundert

Tagung: Evangelische Akademie Tutzing, Dr. Martin Held  
 Tel. 08158 / 2510  
[brosch@ev-akademie-tutzing.de](mailto:brosch@ev-akademie-tutzing.de)  
[www.ev-akademie-tutzing.de](http://www.ev-akademie-tutzing.de)

5.-7.6., Rostock

### Internationaler G8-Alternativkongress

WEED, Florian Butollo, Berlin  
 Tel. 030-28041811, Fax 27596928  
[florian.butollo@weed-online.org](mailto:florian.butollo@weed-online.org)  
[www.g8-alternative-summit.org/de](http://www.g8-alternative-summit.org/de)

29./30.6., Berlin

### Infrastrukturkonferenz Afrika - strategische Jahresplanung

Forum Umwelt und Entwicklung, AG Wasser, Michael Bender, Berlin  
 Tel. 030 / 443391-44, Fax -33  
[wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de)  
[www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

12.-15.7., München

**Velo-city 2007 - From Vision to Reality**

Tagung; BMVBS, European Cyclists Federation

Kaulen Planning Office, Aachen

Tel. 0241/ 334-44, Fax -45

info@velo-city2007.com

www.velo-city2007.com

19.8.-16.9., Poppau (Sachsen-Anhalt)

**Ecovillage Design Education**

Int. Seminar; Ökodorf e.V., Kosha Joubert

Tel. 039000 / 512-35, Fax -32

kosha@siebenlinden.de

www.oekodorf7linden.de

6./7.9., Erfurt

**1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen**

nova-Institut, Michael Carus, Hürth

Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83

michael.carus@nova-institut.de

www.nova-institut.de

19.-21.9., Hohenheim bei Stuttgart

**Fortschritte im Biogas**

Int. Konferenz; IBBK, Kirchberg/Jagst

Tel. 07954 / 9262-03, Fax -204

conference@biogas-zentrum.de

www.biogas-zentrum.de/ibbk

18.-20.10., München

**8. Weltumweltsteuerkonferenz**

Förderverein Ökologische Steuerreform

Tel. 089 / 520113-13, Fax -14

foes@foes.de

www.worldcotax.org

11.-15.11., Rom

**20th World Energy Congress**

World Energy Council, London

Tel. 00442 / 0773459-96, Fax -26

www.rome2007.int

(fh) ■

**EU-Sitzungstermine**

**Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)**

**Deutsche Ratspräsidentschaft**

**1. Halbjahr 2007 (1.1.-30.6.)**

**Mai**

7./8.	Landwirtschaft/Fischerei
8.	Wirtschaft/Finanzen
14./15.	Außenminister
15./16.**	Familie/Gleichstellung
20.-22.**	Landwirtschaft/Fischerei
21./22.	Wettbewerb
23.-25.**	Stadtentwicklung
24./25.	Bildung/Jugend/Kultur
30./31.	Soziales/Gesundheit

**Juni**

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
12./13.*	Inneres/Justiz
18./19.*	Außenminister
28.*	Umwelt

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

\*\* informell

**Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments**

9./10.5.\*, 21.-24.5.

6./7.6.\*, 18.-21.6.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)

**Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments**

Mai: 2. n\*, 3. v\*, 7. n, 8. v+n

Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

Juli: 16. n, 17. v

September: 11. n, 12. v+n, 13. v

Oktober: 2. v+n\*, 3. v\*, 8. n, 9. v+n

November: 21. n, 22. v+n, 26. n, 27. v

Dezember: 19. v+n

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

\* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

\* vorbehaltlicher Termin

(mb) ■

● **Weitere Informationen**

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6.2007):

www.eu2007.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:

www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:

www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\_meeting\_dates\_2007.pdf

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

### Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache.

Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

### Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer.

Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadressen der EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.].

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

[www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe)

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind im Internet veröffentlicht:

[www.eur-lex.europa.eu](http://www.eur-lex.europa.eu)

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

[www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)

Weitere Informationen auf unserer Seite [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Brüsseler 1×1)

## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmenzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zurzeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.
- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, 3. Aufl., Berlin 2007, 96 S., kostenlos; PDF-Download (920 kB): [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Brüsseler 1×1“)

„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.eu-koordination.de/?page=51](http://www.eu-koordination.de/?page=51) („Der Rat der EU“)

Hrsg./Bezug beider Hefte (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

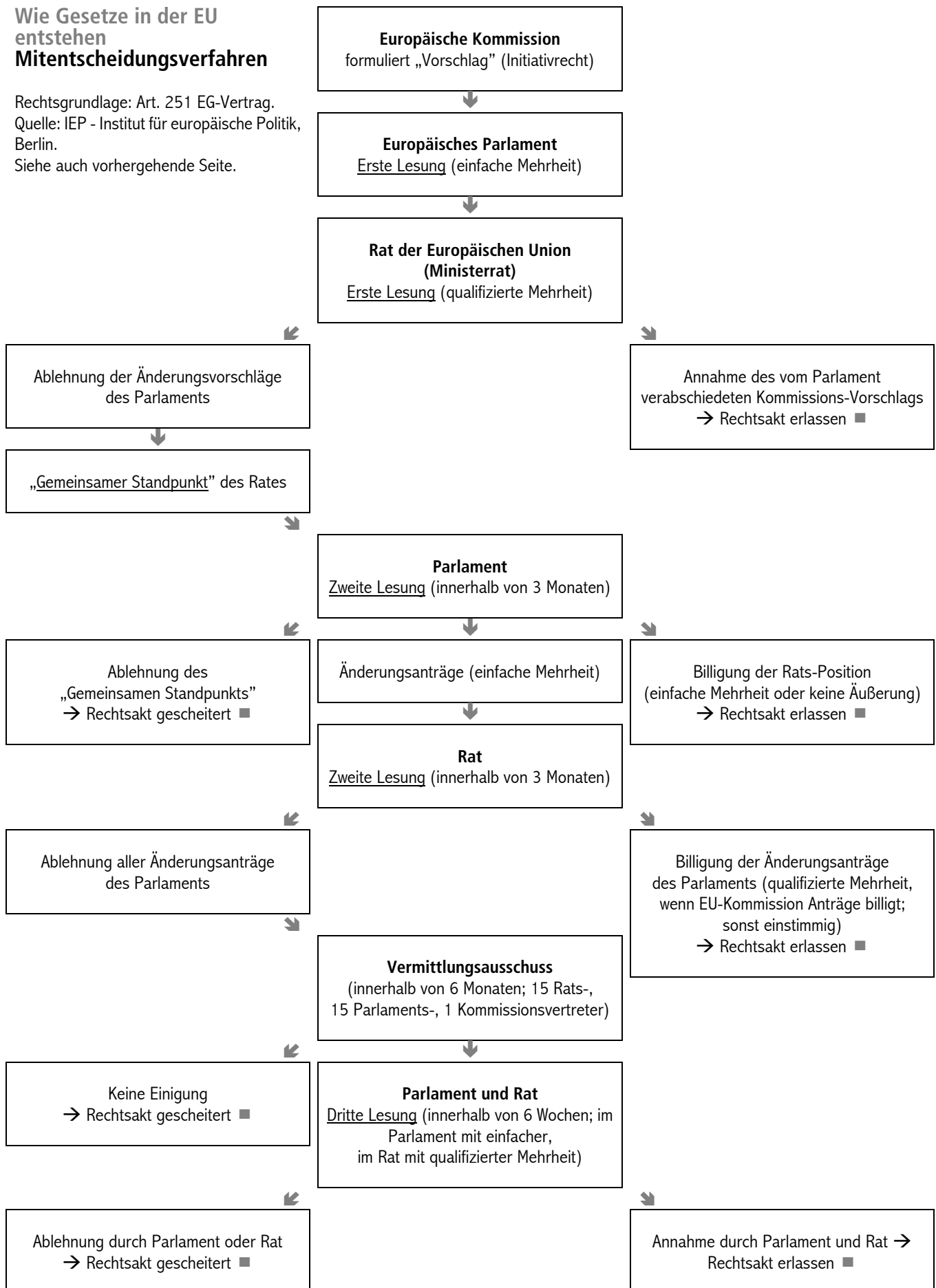
2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113](http://www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113)

## Wie Gesetze in der EU entstehen Mitentscheidungsverfahren

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.  
Siehe auch vorhergehende Seite.



## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von über 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten, einigen der potenziellen Bewerber und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB mehr als 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn Grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Bewerber- und Nachbarstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expertinnen und -Experten geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Pro-

- gramm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von Natura 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
  - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
  - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
  - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
  - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
  - Umwelthaftung,
  - EU-Erweiterung
  - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
 Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
 Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
 eMail: eeb@eeb.org  
 www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Ursula Vavrik (d)	Landwirtschaft, Gentechnik (Geschäftsführerin)	ursula.vavrik@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

<sup>1</sup> Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

<sup>2</sup> „Clean air for Europe“

## Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von über 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidentschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

#### Belgien

Mikaël Angé  
Inter Environnement Wallonie (IEW)  
eMail: m.ange@iewonline.be

#### Bulgarien

zz. nicht besetzt

#### Dänemark

Ella Maria Bisschop-Larsen  
Danmarks Naturfredningsforening (DN)  
eMail: emb@dn.dk

#### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: juhan.telgmaa@elks.ee

#### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

#### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

#### Deutschland

Markus Steigenberger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: markus.steigenberger@dnr.de

#### Griechenland

Gerassimos Arapis  
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: mani@aia.gr

#### Großbritannien

Stephan Hale  
Green Alliance  
eMail: shale@green-alliance.org.uk

#### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

#### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

#### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

#### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

#### Niederlande

Frits Backer  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: f.backer@natuurenmilieu.nl

#### Norwegen

Uno Abrahamsen  
Norwegian Association against Noise  
eMail: uno.abrahamsen@atil.no

#### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

#### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

#### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmg Teixeirapt@gmail.com

#### Rumänien

Zoltán Hajdu (Beobachter)  
Focus Eco Center  
eMail: zhajdu@focuseco.ro

#### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

#### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

#### Slowenien

Anamarija Slabe  
(EEB-Vizepräsidentin)  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

#### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

#### Tschechien

Miroslav Šuta  
Society for Sustainable Living (SSL)  
eMail: miroslav.suta@centrum.cz

#### Türkei

Ayşe Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

#### Ungarn

András Krolopp  
CEEWEB  
eMail: krolopp@ceeweb.org

#### Zypern

Lucas Psillakis  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: environment@psillakis.com

#### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@scarlet.be

## Internationale Funktionen des Umweltbundesamtes

### UBA-Anlaufstellen für Aufgaben aus internationalen und EU-Verträgen

Die internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Umweltbundesamtes (UBA). Fachleute aus dem UBA wirken in vielen internationalen Gremien mit, darunter bei der Europäischen Union (EU), den Vereinten Nationen (UN), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Nordatlantikpakt (NATO). Große Bedeutung habe die Mitwirkung an der Umsetzung internationaler Übereinkommen wie zum Beispiel dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zum Klimawandel gewonnen. Daneben bildet die multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten, insbesondere den Ländern Mittel- und Osteuropas, einen Schwerpunkt.

Das Fachgebiet Internationaler Umweltschutz nimmt nach eigener Auskunft hierbei folgende Aufgaben wahr:

- Mitwirkung in internationalen Foren und Organisationen, z. B. EPA-Netzwerk<sup>1</sup>, Baltic 21<sup>2</sup>, Umwelt für Europa-Prozess, Europäische Umweltagentur (EEA)
- Durchführung von bilateralen und multilateralen Projekten im Rahmen des Twinning- und Beratungshilfeprogramms
- Fachliche Unterstützung des Bundesumweltministeriums (BMU) bei der Beurteilung von ISPA-Projektanträgen<sup>3</sup>

1 EPA-Netzwerk: Gemeinsame informelle Arbeitsplattform für die Leitungen der nationalen Umweltagenturen in Europa.

2 „Agenda Baltic 21 für den Ostseeraum“, seit 1996 existierender Interessengruppen- Prozess für eine nachhaltige Entwicklung.

3 ISPA = Instrument for Structural Policies for Pre-Accession = Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (von Kandidatenländern zur EU)

## 1. Weltweit

### Umweltbildung - UNESCO

UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung beim Umweltbundesamt  
Magdalena Hölters-Freier, FG I 2.2  
Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2180  
eMail: magdalena.hoelters-freier@uba.de

### Abfall - Basler Übereinkommen

Anlaufstelle Basler Übereinkommen  
Harald Junker  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103 3045  
eMail: harald.junker@uba.de

### Klimarahmenkonvention und

**Kyoto-Protokoll: Emissionsinventare**  
Nationale Koordinierungsstelle für das Nationale System Emissionsinventare nach Klimarahmenkonvention und Kyoto-Protokoll beim Umweltbundesamt  
Marion Dreher  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2402  
eMail: marion.dreher@uba.de

### Luftqualität - WHO

WHO-Zentrum zur Überwachung der Luftqualität und Bekämpfung der Luftverschmutzung  
Dr. Hans-Guido Mücke  
Corrensplatz 1, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 8903-1281  
eMail: hans-guido.muecke@uba.de

### Trinkwasserhygiene - WHO

WHO-Kooperationszentrum für Forschung auf dem Gebiet der Trinkwasserhygiene beim Umweltbundesamt  
Dr. Ingrid Chorus  
Corrensplatz 1, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 8903-1346  
eMail: ingrid.chorus@uba.de

## 2. Europäische Union

### Anlagen-Emissionen - IVU-Richtlinie

Deutsche Koordinierungsstelle für den Informationsaustausch über „beste verfügbare Techniken“ nach IVU-Richtlinie<sup>4</sup>  
Judith Kaliske, Fachgebiet III 2.1  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103 3589  
eMail: judit.kaliske@uba.de

### EU-Luftqualitäts-Referenzlabor

Nationales EU-Luftqualitäts-Referenzlabor beim Umweltbundesamt  
Paul-Ehrlich-Str. 29, 63225 Langen/Hessen  
Volker Stummer  
Tel. 06103 / 704-106  
eMail: volker.stummer@uba.de  
Anneliese Medem  
Tel. 06103 / 704-129  
eMail: anneliese.medem@uba.de  
www.umweltbundesamt.de/luft/referenzlabor

### Europäische Umweltagentur (EEA)

Deutsche Kontaktstelle der Europäischen Umweltagentur beim Umweltbundesamt  
Christina Pykonen, Fachgebiet I 1.2  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2148  
eMail: christina.pykonen@uba.de

4 Richtlinie 96/61/EG vom 24.09.96 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung.

## Ausschüsse der Weltnaturschutzunion IUCN

Die Weltnaturschutzunion (IUCN) vereint etwa 800 Nichtregierungsorganisationen (NGO) und 120 Regierungsorganisationen, darunter viele wissenschaftliche Einrichtungen. 77 Länder sind als Staaten Mitglied der IUCN, deren Mitglieder aus 140 Ländern der Erde kommen. Die IUCN ist die einzige globale Organisation, die Staaten, Regierungsstellen und NGOs vereint. Einer der drei Regional Councillors für Westeuropa ist DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Manfred Niekisch.

In der IUCN arbeiten sechs Kommissionen, in denen etwa 10.000 Expert/innen aus allen möglichen Fachrichtungen zusammen wirken. Diese unterstützen die IUCN mit Daten und fungieren als Politikberater/innen bei Naturschutzangelegenheiten.

### Artenschutzkommission (SSC)

Die Species Survival Commission (SSC) hat 7.000 Mitglieder. Sie berät die IUCN bei den technischen Aspekten im Bereich Artenschutz und mobilisiert Akteure und Maßnahmen zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Arten.

Species Survival Commission (SSC), Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 99900-00, Fax -15  
eMail: ssc-chair@hq.iucn.org  
www.iucn.org/themes/ssc

Programm Rote Listen, Craig Hilton-Taylor, 219c Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-966, Fax -845  
eMail: craig.hilton-taylor@ssc-uk.org

Programm Handel mit Wildtieren, Alison Rosser, 219a Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-980, Fax -908  
eMail: alison.rosser@ssc-uk.org

Programm zur Bewertung der Süßwasserbiodiversität (Freshwater Biodiversity Assessment Program), Mewill Darwall, 219c Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-966, Fax -845  
eMail: mewill.darwall@ssc-uk.org

### Weltschutzgebietskommission (WCPA)

Die Weltschutzgebietskommission (World Commission on Protected Areas, WCPA) hat 1.300 Mitglieder und treibt die Ein-

richtung und das effektive Management eines weltweiten repräsentativen Netzwerks terrestrischer und mariner Schutzgebiete voran. Die Mitglieder stammen aus 140 Staaten, koordiniert werden sie von einem Lenkungsausschuss und unterstützt durch das Programm für geschützte Gebiete (Programme on Protected Areas PPA). Die WCPA ist geographisch (16 Regionen), thematisch (u. a. Klimawandel, weltweite Vernetzung, Gerechtigkeit und Menschen) und funktionell (Berge und Meere) organisiert.

WCPA - World Commission on Protected Areas, IUCN - The World Conservation Union HQ, Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 9990-160, Fax -015  
eMail: wcpa@iucn.org  
www.iucn.org/themes/wcpa

### Umweltrechtskommission (CEL)

Die Umweltrechtskommission (Commission on Environmental Law, CEL) fördert Umweltrecht durch die Entwicklung neuer Gesetzeskonzepte und -instrumente sowie mit Aus- und Weiterbildung/Wissensvermittlung zur Umweltgesetzgebung für Naturschutz und Nachhaltige Entwicklung. Die Umweltrechtskommission und das Umweltrechtscenter bilden dabei die beiden Zweige des IUCN-Umweltrechtsprogramms. Die Kommission vernetzt etwa 900 freiwillig tätige Expert/innen, das Büro in Bonn ist internationale Verbindungsstelle der Vereinten Nationen.

Commission on Environmental Law, Instituto de derecho y economia ambiental, Ms. Patricia Abed, CEL Liaison Officer, Calle Nicanor Torales N° 150 c, Mcal. Lopez, Asuncion, Paraguay  
Fax 00595 21 / 614-619  
www.iucn.org/themes/law

IUCN-Environmental Law Centre, Godesberger Allee 108-112, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 2692-231, Fax -250  
eMail: elcsecretariat@iucn.org

### Kommission für Bildung und Kommunikation (CEC)

Die Kommission für Bildung und Kommunikation (Commission on Education and Communication CEC) ist ein Netzwerk zur Verbreitung des Gedankens der Nachhaltigen Entwicklung. Dabei sollen Bildung und Kommunikation strategisch zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und dem nachhaltigen natürlichen Ressourcenma-

nagement eingesetzt werden. Das Netzwerk aus Expert/innen besteht aus etwa 600 Mitgliedern und arbeitet zu den zwei Strängen Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Biodiversitätskommunikation (u. a. Trockenzonen, Wälder, Klimawandel, Schutzgebiete).

Commission on Education and Communication (CEC), IUCN - The World Conservation Union, HQ Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 9990-283, Fax -025  
eMail: cec@iucn.org  
www.iucn.org/cec

### Kommission für Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (CEESP)

Die Kommission für Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (Commission on Environmental, Economic and Social Policy, CEESP) sorgt für Expertisen und Politikberatung zu sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Faktoren des Naturschutzes und dem nachhaltigen Gebrauch biologischer Vielfalt. Das interdisziplinär arbeitende Netzwerk hat rund 500 Mitglieder und arbeitet innerhalb von Arbeitsgruppen u. a. zu den Themen Menschenrechte, Sicherheit, Kultur und Naturschutz, Unternehmensverantwortung, Kommunen.

Commission on Environmental, Economic and Social Policy (CEESP), c/o CENESTA: Centre for Sustainable Development, Dr. M. Taghi Farvar, Vorsitzender, 5 Lakpour Lane, Suite 24, IR-16936 Teheran, Iran  
Tel. 0098 21 / 229-64114, Fax -54217  
eMail Vorsitzender: taghi@cenesta.org  
eMail Kommission: ceesp@iucn.org  
www.iucn.org/themes/ceesp

### Kommission für Ökosystem-Management (CEM)

Die Kommission für Ökosystem-Management (Commission on Ecosystem Management, CEM) bietet professionelle Unterstützung bei integrierten Ansätzen im Bereich des Management natürlicher und menschlich veränderter Ökosysteme. Sie hat 400 Mitglieder.

IUCN-Ecosystem-Management-Programm-Sekretariat, Pat Hawes, Administrative Assistant, Rue Mauverney 28, 1196 Gland, Schweiz  
Tel. 004122-9990215, Fax -3649720  
eMail: patricia.hawes@iucn.org  
www.iucn.org/themes/cem

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 04.06“ als Hinweis auf Heft 4 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2006. Verweise auf den DNR-Deutschland-Rundbrief (s. u.) sind ähnlich gehalten, z. B. „DRB 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Unsere weiteren Periodika

### Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief, Deutschland-Rundbrief

Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe) [www.dnr.de/drbr](http://www.dnr.de/drbr)

## Unser Internet-Angebot

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

...heißt die Internetseite der EU-Koordination des DNR. Unter „Publikationen“ finden Sie hier alle älteren EUR-Ausgaben ab 2003 sowie alle Sonderhefte zum kostenlosen Download als PDF-Dateien. Hinzu kommen gut recherchierte Themenseiten sowie Informationen über Expert/innen, Publikationen und Termine. Ein „Brüsseler 1×1“ macht die Strukturen und Verfahren der EU verständlich und gibt Tipps zum Einmischen für Umweltverbände. Dazu kommen die täglichen EU-News.

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

Hier finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben und die Sonderhefte ab Januar 2000 als PDF-Dateien
- Jahreshaltsverzeichnisse
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## Unser eMail-Service

### Newsletter zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Wir informieren Sie täglich über aktuelle umweltpolitische Ereignisse in Brüssel und Berlin. Newsletter bestellen oder EU-News online lesen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Weitere EU-Umweltpolitik-Newsletter

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („Mailinglisten/Webseiten“ - „EU-Politik“)

### Info-Service zu allen Umweltthemen

An Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Verbänden mailen wir kostenlos aktuelle Nachrichten zur EU-Umweltpolitik und vielen weiteren Themen. Die Themen können Sie selbst auswählen: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

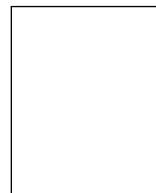
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Kontonummer: \_\_\_\_\_
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin